

Sicherheit für Deutschland

Wahlprogramm 1980

A80-3353

SPD

**Wahlprogramm 1980
Beschlossen von der
Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands
auf dem Wahlparteitag
in Essen. 9./10. Juni 1980.**

*Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier*





Herausgeber: Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information, Bonn
Druck: Druckhaus Deutz GmbH, Köln
6 - 80 - A 1 - 100 - Best.-Nr.: 390 144

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Einleitung	5
II. Unsere Hauptaufgabe ist, den äußeren Frieden zu sichern	10
1. Aktive Friedenspolitik heißt Sicherheit im Bündnis	10
2. Aktive Friedenspolitik heißt Entspannung	11
3. Aktive Friedenspolitik heißt Politik für die Menschen in Deutschland	12
4. Aktive Friedenspolitik heißt Rüstungsbegrenzung	13
5. Aktive Friedenspolitik heißt Ausgleich zwischen Nord und Süd	14
6. Aktive Friedenspolitik heißt mehr europäische Einigung	15
III. Sorgsam wirtschaften ist lebenswichtig	17
1. Die gesicherte Energieversorgung bleibt die Voraussetzung für unsere wirtschaftliche Existenz	17
2. Ausreichende und zukunftssichere Arbeitsplätze bleiben vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Politik	18
3. Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen wird immer wichtiger	20
4. Die Finanz- und Steuerpolitik muß die gesamtwirtschaftlichen Ziele Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Wachstum und Verteilungsgerechtigkeit unterstützen	21
IV. In schwierigen Zeiten verlangt der soziale Frieden mehr und nicht weniger Solidarität	23
1. Die SPD tritt für mehr Rechte am Arbeitsplatz und für eine eigenverantwortliche Gestaltung der Freizeit ein	23
2. Die Sportpolitik muß sich jetzt vor allem um den Breiten-, Freizeit- und Erholungssport kümmern	24
3. Gesundheitspolitik hat für sinnvolle Leistungen zu tragbaren Kosten zu sorgen	25
4. Mehr Arbeitsplätze und bessere Rehabilitation für die Behinderten sowie Verbesserung der Kriegsopferversorgung	25

	Seite
5. Die Rentenversicherung wird zukunftsgerecht weiterentwickelt	26
6. Die älteren Menschen gehören mitten in unsere Gesellschaft	27
7. Die Aufgabe, die in den kommenden Jahren von uns allen Aufgeschlossenheit und Solidarität fordern wird, ist die Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer in Staat und Gesellschaft	27
8. Soziale Sicherheit schafft reale Freiheit	28
V. Wir brauchen Zuversicht in die Zukunft: für den einzelnen, für die Familie, für die Gesellschaft	29
1. Die Gleichberechtigung der Frauen muß verwirklicht werden	29
2. Die weitere Entwicklung unseres Landes hängt maßgeblich von der freien Entfaltung der Familien und der Eröffnung gerechter Chancen für sie ab	31
3. Die junge Generation braucht die Solidarität der Gesellschaft	32
4. In den kommenden Jahren brauchen wir mehr Chancengleichheit mit besseren Bildungsangeboten für die junge Generation	33
5. Die SPD wird in den 80er Jahren die Wohnwelt menschlicher machen	34
6. Im Blick auf die 80er Jahre sind in der Verkehrspolitik auf einigen Gebieten neue Akzente gesetzt worden	35
7. Die neuen Medien stellen uns ganz besonders vor die Frage, ob alles sinnvoll ist, was technisch machbar ist	36
8. Die SPD gibt der Rechts- und Chancengleichheit, die die Schwächeren stärkt, Vorrang in ihrer Rechtspolitik	36
VI. Ihre Stimme für die SPD hat Gewicht	38
Begriffserklärungen	39

I. Einleitung

Dies steht am 5. Oktober in Deutschland zur Abstimmung:

Das Wichtigste ist der Friede. Unsere Aufgabe ist, Sicherheit für Deutschland auch in den 80er Jahren zu bewahren. Dafür sind Besonnenheit und Weitblick heute nötiger denn je. Das ist der Weg der deutschen Sozialdemokraten mit Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Die SPD hat seit 1966 in der Regierungsverantwortung im Bund und seit 1969 als die führende Kraft der sozial-liberalen Koalition für die Menschen in Deutschland gute Arbeit geleistet.

Wir haben neue Freunde in der Welt gewonnen. Unser Ansehen ist gewachsen. Wir haben die Freundschaft mit den westlichen Völkern ergänzt durch wichtige Schritte zur Normalisierung mit den östlichen Nachbarn. Wir haben Erleichterungen für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands durchgesetzt – gegen den erbitterten Widerstand der Opposition.

Wir haben den sozialen Frieden in unserem Land gefestigt. Und wir haben durch unsere international abgestimmte Wirtschaftspolitik bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Deshalb sind wir mit der Weltwirtschaftskrise seit 1973 besser fertig geworden als andere.

Selbst in dieser Zeit haben wir das Netz der sozialen Sicherheit dichter geknüpft: Millionen Menschen nutzen z. B. die flexible Altersgrenze. Bei Krankheit braucht niemand mehr um seine materielle Sicherheit zu fürchten.

Wir haben die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften ausgebaut. Wir treten jedem Versuch entgegen, die Tarifparteien – zumal die Gewerkschaften – gängeln zu wollen. Die Aussperrung hat keine moralische Basis. Sie muß deshalb mit dem Ziel der Abschaffung mit allen geeigneten Mitteln bekämpft werden.

Unsere D-Mark ist eine der härtesten Währungen der Welt. Obwohl allein der Ölpreis seit Anfang der 70er Jahre auf das 15fache gestiegen ist, haben wir die internationale Inflation erfolgreich abgewehrt. Die Preise sind bei uns stabiler als in allen vergleichbaren Ländern.

Trotz der weltwirtschaftlichen Belastungen wurden in den letzten beiden Jahren eine halbe Million zusätzlicher Arbeitsplätze geschaffen. Der Lebensstandard der breiten Schichten ist erheblich gesteigert worden: Die Nettoeinkommen der Arbeiter und Angestellten sind von 1969 bis 1979 real, also nach Abzug der Preissteigerungen, um 35 % gewachsen. In der gleichen Zeit stiegen die Renten real um 45 %.

Die sozialliberale Bundesregierung hat mit dem Umweltschutz ernst gemacht. Zahlreiche Gesetze treffen Vorsorge für bessere Luft, sauberes Wasser und weniger Lärm. Wir haben erreicht, daß seit 1970 über 120 Milliarden von der öffentlichen Hand und der Wirtschaft für Umweltschutzmaßnahmen ausgegeben wurden. Aber unsere Ziele reichen weiter.

Wir haben die Lage der Familien in unserem Land verbessert und für mehr Gerechtigkeit gesorgt: Viele wissen nicht mehr, daß z. B. das einkommensunabhängige Kindergeld erst in den letzten zehn Jahren eingeführt worden ist.

Wir haben den Raum für geistige und kulturelle Vielfalt erweitert und verteidigen diesen – auch unter Überwindung von Fehlern – gegen Intoleranz, Duckmäusertum und geistige Enge.

Die SPD achtet die Kirchen und die Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Sie begrüßt es, daß Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft bejahen.

Alle diese Erfolge hat jeder Bürger für sich selbst überprüfen können. Viele haben sie mitgestaltet. Sozialdemokraten sind stolz auf diese Leistung, die unter der Verantwortung der sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt möglich war. Damit sind wir gut gerüstet für die Herausforderungen der 80er Jahre.

Aber niemand kann vorhersagen, wie sich die Lage in der Welt und die Weltwirtschaft im nächsten Jahrzehnt verändern werden. Deshalb ist selbstverständlich, daß alle unsere politischen Vorhaben in die jeweilige ökonomische Gesamtlage – besonders in die Lage der Staatsfinanzen eingepaßt werden müssen.

Unter diesen Vorbehalt müssen wir unsere Politik stellen.

Eines garantieren wir: Soziale Demontage werden wir nicht zulassen. Im Gegenteil, wir wollen die soziale Sicherheit auch künftig auf soliden finanziellen Grundlagen weiter ausbauen und gerechter gestalten. Sicher ist: Vorsorgendes politisches Handeln wird in Zukunft noch wichtiger sein als nur nachträgliche Korrektur.

Viele Menschen haben Besorgnis vor der Wende, die Deutschland nehmen würde, wenn sich die Kräfte der Konfrontation, der Polarisierung, der Unberechenbarkeit durchsetzten. Wer unkontrolliert und unbeherrscht ist, der kann zum äußeren Frieden nicht beitragen und der gefährdet den Frieden nach innen.

Es wäre ein unkalkulierbares Risiko für unser Land, wenn diejenigen das Sagen bekämen, die fast immer Nein gesagt haben: Nein zu den Verträgen des Gewaltverzichts, mit denen wir den Frieden in Europa

und für Berlin sicherer gemacht haben. Nein zu mehr Rechten und Chancen der Arbeitnehmer.

Die Menschen in unserem Land wollen auch morgen in Frieden und sicher leben. Wir wollen frei sein von Angst und Not.

Am 5. Oktober stellen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes die Weichen: Gegen eine riskante Wende, für den von der SPD mit Bundeskanzler Helmut Schmidt bestimmten zuverlässigen Weg.

Es gibt mindestens 10 gute Gründe, SPD zu wählen

1. Grund: Die SPD ist die Partei des Friedens

Jenseits von Frieden gibt es keine sinnvolle menschliche Existenz. Deshalb hat die SPD in ihrer 117jährigen Geschichte nie auf der Seite derer gestanden, die die Menschen in Konfrontation, Krieg und Zerstörung getrieben haben. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen.

2. Grund: Die SPD schafft Sicherheit durch aktive Friedenspolitik

Aktive Friedenspolitik heißt Sicherheit durch Entspannung und Abrüstung auf der Grundlage des Gleichgewichts der Kräfte.

Sicherheit für die Menschen in unserem Land gibt es nicht durch Konfrontation und Rückkehr zum Kalten Krieg, sondern nur durch unseren soliden Beitrag zum Bündnis und das Bemühen um die Fortsetzung der Entspannungspolitik und Zusammenarbeit auch unter erschwerten Bedingungen.

3. Grund: Die SPD stärkt den Zusammenhalt der deutschen Nation

Unsere Deutschlandpolitik dient den Menschen in beiden deutschen Staaten.

Menschliche Erleichterungen, Wirtschaftsaustausch und die Sicherung der Lebensgrundlagen Berlins haben den Zusammenhalt gestärkt – gegen die in gestrigen Formeln erstarrte Politik der Opposition.

4. Grund: Die SPD sichert den Frieden durch gerechten Ausgleich zwischen Nord und Süd

Es ist nicht nur ein Gebot der Moral, sondern auch der Vernunft, daß wir alles daransetzen, den krassen Gegensatz zwischen reichen und armen Ländern in der Welt abzubauen.

Millionenfacher Hunger ist weltpolitischer Sprengstoff. Deshalb wollen wir mehr Ausgleich und bessere Zusammenarbeit mit der Dritten Welt.

5. Grund: Die SPD ist die Partei der arbeitenden Menschen

Die Sozialdemokratie vertritt gemeinsam mit den Gewerkschaften seit jeher die Interessen der arbeitenden Menschen. Deshalb bleibt Vollbeschäftigung das Ziel Nummer 1 unserer Wirtschaftspolitik. Der technische Wandel darf nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen. Deshalb werden wir den Schutz und die Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer ausweiten. Eine verbesserte Aus- und Weiterbildung muß die Arbeitnehmer auf den technischen Wandel vorbereiten. Wir stehen ein für Selbständige, deren Existenz als Handwerker, Kaufleute, Gewerbetreibende, Freiberufler und Landwirte auf ihrer Fähigkeit zur Arbeit beruht. Wir stehen zu der politischen Verantwortung für eine aktive Strukturpolitik.

Eine gesicherte Energieversorgung bleibt die Voraussetzung für unsere wirtschaftliche Existenz. Sorgsamer Umgang mit wertvollen Rohstoffen und der Schutz der natürlichen Umwelt werden immer wichtiger.

6. Grund: Die SPD sichert den Frieden im Innern durch soziale Gerechtigkeit

Sicherheit für die Menschen in unserem Land gibt es nur durch die Festigung des sozialen Netzes, durch mehr Teilhabe und Gleichberechtigung, nicht durch Abbau sozialer Gerechtigkeit.

Wir wollen die Alterssicherung zukunftsgerecht weiterentwickeln und so für Sicherheit im Alter sorgen, besonders für die Frauen. Die SPD hat schon an der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern gearbeitet, als andere den Frauen noch das Wahlrecht vorenthalten wollten.

7. Grund: Wer morgen sicher leben will, muß heute die Zukunft gestalten

Deshalb werden wir alles daransetzen, die Wohnwelt menschlicher zu gestalten. Deshalb machen wir eine andere Verkehrspolitik. Deshalb kann sich die junge Generation auf unsere Solidarität verlassen. Und deshalb fragen wir uns, ob alles technisch Mögliche auch gesellschaftlich wünschbar ist; das gilt besonders für die neuen Medien.

8. Grund: Die SPD bleibt die Partei der Freiheit und Toleranz

Die SPD hat immer gekämpft für Freiheit von Not und Angst. Mit unserem Grundgesetz haben wir die freiheitlichste Verfassung, die es je in Deutschland gab. In dieser Freiheit haben wir uns immer wieder zu bewähren.

Die SPD ist eine lebendige, diskutierende Partei mit Kraft zur Entscheidung und Geschlossenheit. Wir sind stolz darauf, daß es in unseren Reihen unterschiedliche Meinungen gibt und keine von oben verordnete Einförmigkeit.

Wir streiten für die Freiheit der Andersdenkenden und stehen gegen alle Versuche der Einschränkung des kritischen Geistes.

9. Grund: Damit unsere Gesellschaft menschlicher wird: Solidarität und Selbstverantwortung

„Wir erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann.“ Diesen Auftrag unseres Godesberger Programms nehmen wir ernst. Deshalb stehen wir gegen die Ellbogen-Gesellschaft. Denn: Gerade in schwierigen Zeiten brauchen wir mehr Solidarität.

Die Zukunft unseres Landes hängt nicht allein davon ab, was der Staat für die Bürger tut, sondern mehr noch von der Bereitschaft der Bürger, etwas füreinander und für das Gemeinwesen zu leisten.

10. Grund: Bundeskanzler Helmut Schmidt

II. Unsere Hauptaufgabe ist, den äußeren Frieden zu sichern

Die Verteidigungs- und Entspannungspolitik hat wesentlich dazu beigetragen, daß Krieg in Europa unwahrscheinlicher geworden ist. Europa ist heute eine der politisch und sicherheitspolitisch stabilsten Regionen der Welt. Dennoch können regionale Konflikte und machtpolitische Veränderungen außerhalb Europas gefährlich auf unseren Kontinent zurückwirken. So hat sich im Ost-West-Verhältnis seit dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan das Klima zwischen den Großmächten verschlechtert. Europa bleibt davon nicht unberührt. Im Nord-Süd-Verhältnis liegt sozialer Sprengstoff. Die Nahostfrage ist nach wie vor offen. In vielen Teilen der Welt herrscht unvorstellbares Flüchtlingselend. In Afrika und Südamerika verschärfen sich die Konflikte. Wir stehen in der Weltenergieversorgung wie auch in der Weltwirtschaft vor schwierigen Problemen.

Für den Frieden zu arbeiten, ist deshalb notwendiger denn je. Angst ist dabei ein schlechter Ratgeber. Wer Angst schürt, der beschwört Gefahren herauf – einerseits die Gefahr der Einschüchterung und Lähmung und andererseits die Gefahr der Überreaktion mit dem Risiko der globalen Katastrophe. Mit Besonnenheit und Weitblick können wir die Krise meistern. Auch Rückschläge werden uns nicht davon abhalten, uns für eine dauerhafte Friedensordnung einzusetzen.

Wir werden die Friedensforschung und die Erziehung zum Frieden noch mehr als bisher fördern.

Aktive Friedenspolitik besteht für die SPD aus Sicherheitspolitik im Bündnis (1), Entspannungspolitik (2), Politik für die Menschen im geteilten Deutschland (3), Rüstungsbegrenzung (4), Ausgleich zwischen Nord und Süd (5) und mehr europäischer Einigung (6).

1. Aktive Friedenspolitik heißt Sicherheit im Bündnis

Äußere Sicherheit ist für die Bundesrepublik Deutschland nur im Atlantischen Bündnis zu verwirklichen. Die Politik des Bündnisses ist von Sozialdemokraten wesentlich mitgestaltet worden. Die NATO hat sich als Instrument der Friedenssicherung bewährt. Die politische und strategische Einheit der nordatlantischen Allianz unter der Führung der Vereinigten Staaten von Amerika muß erhalten und ausgebaut werden. Unverändert gilt: Westeuropa kann auf den militärischen Schutz der USA nicht verzichten.

Militärisches Gleichgewicht zwischen Ost und West ist eine zentrale Aufgabe der Sicherheitspolitik im Bündnis. Ohne ein solches Gleichgewicht ist Entspannungspolitik nicht möglich. Wir streben an, dieses Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Rüstungsniveau zu stabilisieren.

Die SPD wird am Status der Bundesrepublik Deutschland als Nicht-Kernwaffenstaat nicht rütteln lassen. Die SPD lehnt eine Ausweitung des Verteidigungsauftrages der NATO auf Regionen außerhalb des Vertragsgebietes ab.

Innerhalb des Bündnisses erfüllt die Bundesrepublik Deutschland ihre Verpflichtungen in allseits anerkanntem Umfang. Seit 1969 haben wir unter Verantwortung sozialdemokratischer Verteidigungsminister unseren Beitrag verstärkt und die Bundeswehr zu einer umsichtig geführten, gut ausgebildeten und modern ausgerüsteten Streitkraft entwickelt. Unser Beitrag zur glaubwürdigen Fähigkeit der NATO abzuschrecken und – wenn nötig – zu verteidigen, muß auch künftig so bemessen sein, daß er das militärische Kräfteverhältnis und die politische Gewichtung im Bündnis nicht verändert. Nach den USA leisten wir den größten Beitrag aller NATO-Staaten zum Bündnis. Ein einseitiger Ausbau der Bundeswehr kommt nicht in Betracht, da er das militärische Kräfteverhältnis und die politische Gewichtung im Bündnis verschieben würde.

Die Neuordnung des Rechts der Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe und des Zivildienstes werden die Sozialdemokraten unter Ausschöpfung des vom Bundesverfassungsgericht gesetzten Rahmens unbeirrt weiterverfolgen.

Die SPD lehnt eine Wehrpflicht oder eine Dienstpflicht für Frauen ab.

Innere Führung und politische Bildung müssen in der Bundeswehr weiterentwickelt werden. Die Soldaten und die zivilen Mitarbeiter haben an der sozialen Entwicklung teil.

Der Schutz der zivilen Bevölkerung ist auszubauen.

2. Aktive Friedenspolitik heißt Entspannung

Die bisherigen Erfolge der Entspannungspolitik haben sich für die Menschen in Deutschland, vor allem in Berlin, gelohnt. Der Friede in Europa ist sicherer geworden. Mißtrauen ist abgebaut, mehr Kontakte und Informationsmöglichkeiten konnten geschaffen werden. Es gibt zu dieser Politik keine verantwortliche Alternative.

Wir werden uns intensiv um die Fortsetzung der Entspannungspolitik bemühen, aber wir können nicht versprechen, daß alle beteiligten Staaten

daran festhalten werden. Gerade in schwieriger Zeit muß man mehr miteinander sprechen und nicht weniger. Wir wollen bei fortdauernden Interessenunterschieden auch in Zukunft Konfrontationen durch Vereinbarungen auf immer weiteren Gebieten abbauen, Konfliktherde durch kooperatives Verhalten entschärfen und die weltweite Zusammenarbeit ausbauen.

Wir werden den Prozeß der Vertrauensbildung trotz aller innen- und außenpolitischen Widerstände auch dann fortsetzen, wenn es zu Irritationen oder Rückschlägen kommt. Hierbei bauen wir auf dem Fundament der von der CDU/CSU verbissenen bekämpften Ostverträge, dem Grundlagenvertrag mit der DDR, dem Berliner Viermächte-Abkommen und der Schlußakte von Helsinki auf. Schon heute ist klar: Ohne Entspannungspolitik und ihre Erfolge stünde es schlechter um die Möglichkeiten, Krisen zu begrenzen und zu beherrschen.

Europa endet nicht an der Elbe. Die Staaten Mittel- und Osteuropas sind nach Geschichte und Tradition Teil Europas. Mit ihnen müssen wirksame Formen der Zusammenarbeit entwickelt werden. Die KSZE-Folgekonferenz soll der gesamteuropäischen Zusammenarbeit neue Impulse geben, so auf den Gebieten der vertrauensbildenden Maßnahmen, der menschlichen Beziehungen, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Energie und des Umweltschutzes.

3. Aktive Friedenspolitik heißt Politik für die Menschen in Deutschland

Unsere Friedenspolitik dient, indem sie die Begegnung zwischen den Deutschen hüben und drüben fördert, der Einheit der Nation.

Wir wissen, daß wir den Auftrag des Grundgesetzes zur Einheit nur erfüllen können in einer langen Friedensperiode und mit Zustimmung aller unserer Nachbarn. Wir wirken auf einen Zustand des Friedens in Europa hin, in dem das deutsche Volk seine Einheit in freier Selbstbestimmung erreichen kann.

Die Wirklichkeit heute ist die Teilung in zwei Staaten. Ihre Folgen zu lindern, ist und bleibt das Ziel unserer Vertragspolitik mit der DDR.

Wir verhandeln über weitere Verkehrsverbesserungen, Reiseerleichterungen in beiden Richtungen, besseren Gewässerschutz, mehr Zusammenarbeit im Umweltschutz und Energiebereich sowie den Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation.

Das Viermächte-Abkommen über Berlin hat die Sicherheit der Stadt gefestigt und die Lebensbedingungen der Berliner nachhaltig verbessert. Die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Abkommens bleibt entscheidend für die Existenz und Lebensfähigkeit Berlins.

4. Aktive Friedenspolitik heißt Rüstungsbegrenzung

Die Menschheit wird sich zu Tode rüsten, wenn es nicht gelingt, den Rüstungswettkampf zwischen Ost und West und die Aufrüstung der Dritten Welt zu stoppen. Die SPD wird deshalb den Prozeß der Rüstungsbegrenzung, der Rüstungskontrolle und Abrüstung vorwärtstreiben.

Dies setzt eine Politik des Gleichgewichts und der Anerkennung der legitimen Sicherheitsbedürfnisse aller Beteiligten voraus. Eine solche Politik muß den Interessen aller Beteiligten dienen.

Die SPD unterstützt den französischen Vorschlag einer Konferenz über Abrüstung in Europa. Auch der polnische Vorschlag für eine europäische Abrüstungskonferenz ist ernsthaft zu prüfen.

Bei den Wiener Verhandlungen über beiderseitige Verringerung der Truppen und Waffen sowie über begleitende Maßnahmen in Mitteleuropa (MBFR) streben wir den baldigen Abschluß eines ersten Abkommens über eine Truppenreduzierung an. Mit diesem Ziel tritt die SPD dafür ein, daß die Bundesregierung im Atlantischen Bündnis initiativ wird.

Im Genfer Abrüstungsausschuß muß ein Verbot chemischer Waffen und anderer besonders grausamer Waffen durchgesetzt werden. Es ist zu prüfen, ob eine regionale Vereinbarung über das Verbot der Lagerung und des Einsatzes von chemischen Waffen abgeschlossen werden kann.

Die SPD tritt dafür ein, daß alle Staaten dem Nichtverbreitungsvertrag für Kernwaffen beitreten und daß internationale Sicherheitsmaßnahmen mit dem Ziel ausgebaut werden, jede Aktivität auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie wirksamen Kontrollen durch die Internationale Atomenergie-Agentur zu unterwerfen. Sie ist für ein umfassendes Verbot aller Kernwaffenversuche.

Die SPD setzt sich für die umgehende Ratifizierung des SALT-II-Abkommens ein. Bei einem Scheitern von SALT II würden durch ein Nachrüsten im Bereich der nuklearen Mittelstreckensysteme die Gefahren eines neuen Rüstungswettkampfes gefährlich steigen und eine neue Lage schaffen. Sie strebt baldige Verhandlungen zu SALT III unter Mitwirkung der europäischen NATO-Partner an mit dem Ziel, auch nukleare Mittelstreckensysteme in Verhandlungen einzubeziehen.

Die SPD steht weiterhin zu den Beschlüssen des Berliner Parteitages und damit zu dem Vorrang des Verhandlungsangebots, das die NATO, verbunden mit ihrem Beschluß über die Modernisierung ihres nuklearen Mittelstreckenpotentials, gegenüber der Sowjetunion gemacht hat. Ziel der Verhandlungen bleibt es, durch eine Verringerung der sowjetischen und eine für Ost und West in Europa insgesamt vereinbarte gemeinsame

Begrenzung der Mittelstreckenwaffen die Einführung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen in Westeuropa überflüssig zu machen.

Es ist zu prüfen, ob bei fortschreitendem Verhandlungsprozeß überprüfbare Vereinbarungen (Moratorien) über einen Produktions- und Stationierungsstopp neuer nuklearer Waffensysteme die Erfolgsaussichten von Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt erleichtern würden.

In Verhandlungen muß der Versuch unternommen werden, die Gesamtbilanz des nuklearen Waffenspektrums auf eine möglichst niedrige Ebene abzusenken, eine Konsultationspflicht vor der Produktion neuer Waffen zu vereinbaren und durch begleitende Maßnahmen die Glaubwürdigkeit der Abschreckung zu stabilisieren

Wir vertreten weiterhin eine Beschränkung der Rüstungsexporte und unterstützen alle internationalen Bemühungen um die Einschränkung des Waffenhandels.

5. Aktive Friedenspolitik heißt Ausgleich zwischen Nord und Süd

Die Politik des Gewaltverzichts, erreicht durch das Gleichgewicht der Kräfte, gesichert durch Verträge, und fortzuentwickeln durch die Schlußakte von Helsinki, hat in Europa eine stabile Zone des Friedens entstehen lassen. Ermutigt durch diese Erfahrung sehen wir deshalb den Gewaltverzicht als wichtiges globales Prinzip. Der Ausgleich zwischen Nord und Süd ist die soziale Frage dieses Jahrhunderts.

Allen Bemühungen zum Trotz ist die wirtschaftliche Kluft zwischen den Industrieländern und der Dritten Welt noch tiefer geworden. Im Jahre 2000 werden von den dann mehr als 6 Milliarden Menschen etwa 5 Milliarden in der Dritten Welt leben. In der unvorstellbaren Armut, im Hunger von mehr als 800 Millionen Menschen, in der Arbeitslosigkeit von fast jedem zweiten Erwerbsfähigen liegt weltpolitischer Sprengstoff.

In dieser Situation hängt der Friede und damit auch unsere Sicherheit davon ab, daß es bis zum Ende dieses Jahrhunderts gelingt, die unerträglichen Ungleichheiten zwischen den Völkern zu vermindern. Dabei ist für Sozialdemokraten die Solidarität mit den Benachteiligten in ihrer Geschichte prägend gewesen, sie ist deshalb heute bei der Lösung der Nord-Süd-Problematik die bestimmende Orientierung für uns. Dabei kommt es auch auf Solidarität zwischen den ötreichen und den ölarmer Ländern der Dritten Welt an.

Moral und Vernunft gebieten Hilfe und partnerschaftliche Politik, die die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt stärkt. Zugleich liegt es auch im gemeinsamen Interesse von Industrieländern und den Ländern der Dritten Welt, die Zusammenarbeit zu intensivieren und die weltwirtschaftlichen Strukturen gerechter zu machen.

Wir wenden uns entschieden gegen Einflußzonen auswärtiger Mächte in der Dritten Welt und gegen jede Politik der Bevormundung – von welcher Seite auch immer. Wir fordern den Gewaltverzicht bei der Lösung der politischen Probleme, auch bei der Lösung der Energie- und Rohstoffprobleme.

Die Bekämpfung der Armut, wo sie am schlimmsten ist, hat eindeutig Vorrang. Die SPD tritt dafür ein, die staatlichen Entwicklungshilfeleistungen auf dieses Ziel hin zu konzentrieren und den Anteil der Hilfe für die ärmsten Länder zu erhöhen. Das Ziel, 0,7% des Bruttosozialprodukts für die Dritte Welt – und damit letztlich auch für uns – aufzuwenden, soll schrittweise bis 1985 erreicht werden.

Auf die Dauer sind eine weltweite Handelspolitik mit den Entwicklungsländern und weltweite Stabilisierung ihrer Rohstoffexporterlöse und technologische Zusammenarbeit wichtiger als staatliche Hilfe. Die SPD ist gegen Protektionismus im Welthandel. Sie tritt für einen weltweiten internationalen Abstimmungsprozeß über diese Fragen ein.

Die von Willy Brandt geleitete internationale unabhängige Nord-Süd-Kommission hat neue Impulse in die Diskussion gebracht. Die SPD wird sich dafür einsetzen, ihre Vorschläge zu verwirklichen.

Die Unterschiede der politischen Systeme, der Ideologien, der Religionen und der überlieferten Kulturen werden wir niemals als Begründung dafür akzeptieren, daß einzelne Menschen, daß ethnischen oder religiösen Gruppen, daß ganzen Völkern, die fundamentalen Menschenrechte der Freiheit von Furcht und Not verweigert werden.

6. Aktive Friedenspolitik heißt mehr europäische Einigung

Das erste direkt gewählte Europäische Parlament ist für die europäische Einigung eine neue Chance, die wir nutzen werden.

Wir Sozialdemokraten werden alle Bemühungen tatkräftig fördern, die darauf hinzielen, dem Parlament mehr Möglichkeiten der politischen Kontrolle und mehr Rechte bei der verantwortlichen Mitgestaltung der Europäischen Gemeinschaft zu gewähren.

Mit der Erweiterung um Griechenland, Spanien und Portugal trägt die Gemeinschaft zur Stärkung der Demokratie und zur politischen Stabilität in Europa bei.

In vielen Bereichen der Politik ist die Europäische Gemeinschaft auf dem Wege, ein zunehmendes Maß an Gemeinsamkeiten zu entwickeln. Dies gilt für die Wirtschafts- und Handelspolitik ebenso wie zunehmend auch für die Außen-, Verkehrs-, Entwicklungs- und Währungspolitik.

Wir Sozialdemokraten werden die Bestrebungen zu einer gemeinsamen europäischen Politik auf den Gebieten der Energie- und Rohstoffsicherung, der Strukturanpassung, und damit der Arbeitsplatzsicherung, und auch des Verbraucher- und Gesundheitsschutzes zu kommen, nachdrücklich unterstützen.

Die EG-Agrarpolitik muß mit dem Ziel reformiert werden, die unsinnige Überproduktion innerhalb der Gemeinschaft zu beenden, ohne den sozialen Status der Landwirte zu gefährden. Ein erster Schritt, um dieses Ziel zu erreichen, muß sein, die europäischen Steuerzahler von den Kosten der Lagerung und Verwertung der Überschüsse zu entlasten.

Wir sind uns bewußt, daß langfristig nur über eine europäische Regionalpolitik der Gegensatz zwischen wirtschaftlich starken und schwächeren Nationen der Gemeinschaft und damit das Problem der Wanderarbeitnehmer beseitigt werden kann.

Europa – das sind nicht nur die Staaten der Gemeinschaft, das sind auch die 21 Staaten, die sich im Europarat zusammengeschlossen und ein besonders wirksames System zum Schutz der Menschenrechte entwickelt haben. Wir wollen, daß auch die Europäische Gemeinschaft diesem System beiträgt.

Europa – das sind auch die Staaten im Osten unseres Kontinents. Wir fördern alle Bemühungen, friedliche Kontakte zu diesen europäischen Staaten zu vertiefen und insbesondere auch die Beziehungen der Menschen zueinander zu erleichtern. Die volle Anwendung der Schlußakte von Helsinki und ihre Weiterentwicklung sind unsere Ziele.

Der Friede bleibt die Grundbedingung unserer Existenz. Ihn zu erhalten, ist eine mühsame Aufgabe und erfordert zähe Arbeit der dafür Verantwortlichen in der Politik. Für die Mehrzahl der Deutschen ist das tägliche Mühen um den Frieden zu Recht unauflöslich verbunden mit der Arbeit führender Sozialdemokraten. Sie sind in den letzten Jahren zum Inbegriff für Besonnenheit und Weitsicht, für Tatkraft bei der Bewältigung von Krisen geworden.

In dieser außenpolitisch schwierigen Zeit ist es wichtig, daß wir Sozialdemokraten mit Bundeskanzler Helmut Schmidt unsere Arbeit fortsetzen können.

III. Sorgsam wirtschaften ist lebenswichtig

Die Weltwirtschaft steht vor schwierigen Problemen. Das Schwierigste ist die Energieversorgung in den 80er Jahren, zu deren Sicherung vor allem der Verschwendung von Energie Einhalt geboten werden muß.

Gleichzeitig ist es lebenswichtig, in einer Zeit, in der Rohstoffe knapper und teurer werden, sorgsamer damit umzugehen.

Jedem Bürger muß klar sein: Wir leben nicht auf einer Insel. Vor den weltweiten Problemen der knappen und teuren Rohstoff- und Energiequellen können wir uns nicht davonstellen. Nur mit Einsicht und Einfallsreichtum werden wir dieses Problem meistern.

Nicht alles, was technisch möglich ist, bedeutet auch gesellschaftlichen Fortschritt. Wir dürfen nicht alles tun, wozu wir technisch in der Lage wären.

1. Die gesicherte Energieversorgung bleibt die Voraussetzung für unsere wirtschaftliche Existenz

Dafür brauchen wir gute internationale Beziehungen. Es wäre unverantwortlich, jenen zu folgen, die um der Rohstoffe willen auch den militärischen Konflikt riskieren würden. Bei einem Kampf ums Öl würde die ganze Welt verlieren. Multinationale Ölkonzerne nutzen die Situation im Nahen und Mittleren Osten bei ihrer Preisgestaltung aus. Deshalb muß über die gerechte Verteilung der knappen Rohstoffe und tragbare Preise verhandelt werden.

Jedes Land hat in eigener Verantwortung über Förderung und Verwendung seiner Bodenschätze zu bestimmen, dabei sind die Interessen der rohstoffarmen Länder besonders zu berücksichtigen. Deshalb treten wir Sozialdemokraten ein für den ständigen wirtschafts- und energiepolitischen Dialog der Erdölländer, der Länder der Dritten Welt und der Industrieländer.

In der Bundesrepublik setzen wir die seit Beginn der 70er Jahre betriebene Politik des „weg vom Öl“, der besseren Energienutzung und der Energieeinsparung fort. Es kommt darauf an, die Energie, die wir für eine sichere Zukunft brauchen, bereitzustellen.

Dies erfordert ein Umlernen beim Staat, bei der Wirtschaft und bei den Bürgern auf vielen Gebieten:

- Größere Anstrengungen beim Energiesparen und bei der besseren Nutzung von Energie. Die SPD hat dazu umfangreiche Maßnahmen vorgeschlagen.*
- Vorrang der heimischen Kohle. Die Anstrengungen für die Kohleveredlung werden fortgesetzt. Dabei ist besonders auf die Entwicklung umweltfreundlicher Verfahren Wert zu legen.
- Entwicklung alternativer Energien. Im Rahmen der Forschungs- und Technologiepolitik sind besonders neue Technologien zur Nutzung der Sonnenenergie, der Windenergie, der Erdwärme, der Meeresenergie oder der biochemischen Energie zu untersuchen und zu fördern. Die Erforschung und Entwicklung derartiger Energiequellen ist zugleich für die Versorgung der Entwicklungsländer von großer Bedeutung.
- Nutzung der Kernenergie. Die Option für Kernenergie soll offengehalten, die Option, künftig auf Kernenergie verzichten zu können, soll geöffnet werden. Für die SPD gilt: Im Hinblick auf die Versorgungslage ist gegenwärtig ein Verzicht auf die Verwendung von Kernenergie ebensowenig vertretbar wie im Hinblick auf die noch offenen Sicherheits- und Entsorgungsprobleme ein forciertem Neubau von Kernkraftwerken. Die Probleme der Entsorgung müssen mit Vorrang praktisch gelöst werden. Über die endgültige Form der Entsorgung kann erst nach Prüfung der Alternativen mit oder ohne Wiederaufbereitung entschieden werden.

2. Ausreichende und zukunftssichere Arbeitsplätze bleiben vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Politik

Die Veränderung der Weltwirtschaft und der binnenwirtschaftlichen Strukturwandel erfordern eine aktive, vorausschauende Wirtschafts- und Strukturpolitik. Wir dürfen uns nicht darauf beschränken, Engpässe und Krisen zu beseitigen. Langfristige Handlungsstrategien sind erforderlich, um drängende Probleme, wie Arbeitslosigkeit, Energieversorgung, Umweltschutz und wachsenden Protektionismus zu lösen. Die Wirtschaft muß bei grundsätzlicher Beibehaltung der Marktsteuerung stärker als bisher gesellschaftliche Notwendigkeiten berücksichtigen.

Ausgehend vom Recht auf Arbeit setzt sich die SPD mit aller Kraft für die Vollbeschäftigung ein. Jeder Mann und jede Frau, die arbeiten wollen, müssen dazu die Chance haben.

Die SPD wendet sich gegen alle Versuche von Politikern der Opposition, den Staat aus der Verantwortung für die Arbeitsplätze zu entlassen. Beschäftigungspolitik ist ein wesentlicher Teil unserer Wirtschaftspolitik.

* Im einzelnen gibt die „Politik“ Nr. 16 Auskunft über die Vorschläge der SPD zu den Fragen der Energiepolitik.

Die SPD will die aktive Arbeitsmarktpolitik auch in Zukunft fortsetzen. Sie wird die Arbeitsförderungsleistungen der Bundesanstalt für Arbeit weiter ausbauen und dadurch die beruflichen Qualifikationen der Arbeitnehmer verbessern und insbesondere Frauen bei der beruflichen Wiedereingliederung helfen.

Die bisherigen Erfolge in der Beschäftigungspolitik sind vor allem das Ergebnis einer aktiven stabilitätsorientierten Konjunkturpolitik und einer Struktur- und Arbeitsmarktpolitik, die sektorale Schwächen beseitigt und regionale Ungleichgewichte abbaut.

Auch künftig werden wir, soweit es nötig ist, konjunkturpolitisch rechtzeitig und vorausschauend handeln. Die Lage der deutschen Wirtschaft zu Beginn der 80er Jahre ist gut. Hinsichtlich der Produktivität, der Beschäftigungslage und der Stabilität der Preise stehen wir besser da als vergleichbare Länder. Doch darf die für 1980 günstige konjunkturelle Lage, die Beschäftigung und die international gute Wettbewerbsfähigkeit nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Zukunft weitere große Herausforderungen auf uns zukommen können.

Die Wirtschaft wird sich auch weiterhin auf einen tiefgreifenden Strukturwandel einstellen müssen. International zeigt sich dies in der notwendigen und fortschreitenden Arbeitsteilung mit der Dritten Welt.

Neue technische Verfahren, besonders die Mikroelektronik, werden in unserem Land zu Veränderungen führen. Die Forschungs- und Technologiepolitik kann aufzeigen, wo die besonderen Chancen für humane und zukunftssichere Arbeitsplätze und damit für humanes Wachstum liegen. Neue Technologien müssen humane Technologien sein, am Arbeitsplatz und zu Hause.

Nur durch Modernisierung unserer Volkswirtschaft, durch unsere Fähigkeit zu einer aktiven staatlichen Strukturpolitik, die durch eine Tarifpolitik der Arbeitszeitverkürzung ergänzt werden muß, werden wir sichere Arbeitsplätze, vergleichsweise stabile Preise und unseren guten Lebensstandard beibehalten können.

Die Bewältigung des Strukturwandels ist im Rahmen einer aktiven Strukturpolitik in erster Linie Aufgabe der wirtschaftlichen Unternehmen selbst.

Die SPD bejaht und stärkt die unternehmerischen Initiativkräfte; dies gilt insbesondere für die Selbständigen in Handwerk, Handel, freien Berufen und mittleren Unternehmen.

Sie setzt sich deshalb auch weiterhin für eine konsequente Wettbewerbspolitik ein. Wettbewerb ist ein unverzichtbarer Motor für den Strukturwandel und ein Instrument gegen wirtschaftliche Konzentration und Monopolisierung, die es entschieden zu bekämpfen gilt. Bisher haben die anderen Parteien vom Wettbewerb im wesentlichen nur geredet, die entscheidenden Fortschritte sind der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zu verdan-

ken. Da sich multinationale Konzerne weitgehend nationaler Kontrolle entziehen, sind insofern internationale Vereinbarungen dringend erforderlich.

Insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen müssen ihre Wettbewerbschancen durch neue Ideen wahrnehmen können. Die SPD tritt deshalb für Kredithilfen für kleinere und mittlere Unternehmen sowie für die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung durch begrenzte steuerliche Begünstigung wieder angelegter Gewinne ein.

Die SPD bejaht und unterstützt die bäuerlich strukturierte Landwirtschaft. Besonders wichtig ist dabei auch die soziale Absicherung der Landwirte und der in der Landwirtschaft Beschäftigten, wie sie schon in den letzten Jahren unter Aufwendung erheblicher öffentlicher Mittel erfolgreich betrieben wurde.

Die SPD wird die Verbraucherinformation und den Schutz der Verbraucher vor unlauterem Wettbewerb verstärken. Sie befürwortet weitere Beschränkungen bei der Genußmittelwerbung und bei der Werbung vor und mit Kindern.

Staatliche Hilfen für die Wirtschaft sollen nicht mit der Gießkanne verteilt werden, sondern Bestandteil aktiver Strukturpolitik sein, die auch mit Auflagen arbeiten muß. Dabei steht die Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Vordergrund. Die Ergebnisse der Strukturberichterstattung sollen zur Grundlage einer aktiven Strukturpolitik – so etwa eines Küstenstrukturprogrammes – gemacht werden. Dabei müssen die Instrumente der Wirtschaftsförderung, wie z. B. regionale Wirtschaftsförderung, umgestaltet werden, um verdeckte Erhaltungssubventionen ohne Erfolgskontrolle abzubauen und Subventionsmißbrauch zu verhindern. Die Unternehmungen sowie die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sind an strukturpolitischen und subventionspolitischen Entscheidungen zu beteiligen.

Die Forschungs- und Technologiepolitik muß im Interesse der angesichts der Veränderungen in der Weltwirtschaft notwendigen Strukturanpassung neben ihrer Orientierung auf eine humane Technik neue Technikbereiche fördern, die sich im Markt ohne Hilfe nur schwer durchsetzen können.

Forschungs- und Technologiepolitik sind insoweit aktive Strukturpolitik.

3. Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen wird immer wichtiger

Vor 10 Jahren haben wir mit unserem Umweltschutzprogramm begonnen, die gesetzlichen Grundlagen für bessere Luft, saubereres Wasser, weniger Lärm, weniger Schadstoffe zu legen. Die drohende weitere Verschlechterung der Umwelt konnte abgesehen werden.

So haben beispielsweise 65% der Gemeinden die biologische Abwasserbehandlung eingeführt; 1969 waren es erst 10%.

Abfälle werden heute auf etwa 5000 geordneten Deponien und nicht wie früher auf über 50 000 überwiegend ungeordneten Müllkippen beseitigt.

Der Bleigehalt der Luft hat sich in den Zentren unserer Städte stark vermindert, in manchen um 70%. Der Staub in der Luft ist z. B. im Ruhrgebiet um die Hälfte vermindert worden. Der Himmel ist wieder blauer. Unsere Gewässer sind wieder sauberer geworden: Für Rhein und Bodensee sind z. B. in besonderen Programmen rund eine Milliarde DM aufgewandt worden.

Umweltverschmutzung ist kein Kavaliersdelikt mehr. Umweltverschmutzer werden künftig genauso behandelt wie Brandstifter, Betrüger oder Diebe.

Grundlage zukünftiger Umweltpolitik ist das vom Berliner Parteitag 1979 beschlossene ökologisch-ökonomische Gesamtkonzept*. Demgemäß setzt sich die SPD für vorbeugenden Umweltschutz ein. In der kommenden Zeit wird der Schwerpunkt der Umweltschutzpolitik deshalb in der Verhinderung von Umweltverschmutzung liegen, in der Vorsorge.

Die SPD wird solche Technologien und Wirtschaftsbereiche verstärkt fördern, die umweltfreundliche Verfahren und die Sicherheit der Arbeitsplätze miteinander verbinden.

4. Die Finanz- und Steuerpolitik muß die gesamtwirtschaftlichen Ziele Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Wachstum und Verteilungsgerechtigkeit unterstützen

Sozialdemokraten sind für eine Politik der Stabilität. Sie bekennen sich deshalb zur Unabhängigkeit der die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung unterstützenden Bundesbank. Deshalb gewährleisten wir solide Staatsfinanzen, die den Bürger und die Wirtschaft in ihrer Steuerkraft nicht überfordern, die Risiken einer übermäßigen Staatsverschuldung vermeiden und die konjunkturpolitische Entwicklung verstetigen. Die Solidität der öffentlichen Finanzen ist eine Rahmenbedingung unseres politischen Handelns.

Der Ruf der CDU/CSU nach einem Abbau der „Staatsquote“ um ein Siebentel läuft im Ergebnis auf die Forderung hinaus, den Sozialstaat zu demontieren und die öffentlichen Leistungen, die zur hohen Lebensqualität bei uns entscheidend beitragen – wie z. B. Kindergeld, Wohngeld, Ausbildungs- und Umschulungshilfen, massiv zu kürzen.

* Im einzelnen gibt „Politik“ Nr. 2/80 Auskunft über die Vorschläge der SPD zu den Fragen der Umweltpolitik.

Die SPD lehnt eine solche Kapitulation des Staates vor seinen Aufgaben ab. Bund, Länder und Gemeinden müssen finanziell handlungsfähig bleiben.

Die SPD wird auch in Zukunft die Finanzpolitik zur Sicherung der Arbeitsplätze einsetzen. Dabei ist auch die Kreditfinanzierung weiterhin notwendig. Sie muß jedoch den volkswirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung tragen. Wir wollen nicht mehr Kredite aufnehmen, als zur Sicherung der Vollbeschäftigung erforderlich.

Der Bund hat im Verhältnis zu Ländern und Gemeinden in den letzten Jahren zur Sicherung der Beschäftigung und des wirtschaftlichen Wachstums einen immer größeren Anteil finanzieller Lasten übernommen. Hinzu kamen die wachsenden internationalen Verpflichtungen.

Da dieser Entwicklung nicht durch eine Änderung der innerstaatlichen Steuerverteilung Rechnung getragen wurde, muß der Bund schon seit Jahren aus seiner gesamtwirtschaftlichen Verantwortung heraus einen etwa doppelt so hohen Anteil seiner Ausgaben mit Krediten finanzieren wie Länder und Gemeinden. Dem muß bei der künftigen Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern Rechnung getragen werden.

Die Steuerpolitik der SPD wird auch in Zukunft vorrangig an dem Ziel ausgerichtet bleiben, mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Dem soll das für die Jahre 1981 und 1982 vorgesehene Steuerentlastungsprogramm dienen. Das Steuerrecht soll, soweit es der Grundsatz der gerechten Verteilung der Steuerlast zuläßt, weiter schrittweise vereinfacht werden.

IV. In schwierigen Zeiten verlangt der soziale Friede mehr und nicht weniger Solidarität

Die SPD wird entschlossen die seit 1969 erreichten sozialen Fortschritte verteidigen; so z. B. die flexible Altersgrenze, die Lohnfortzahlung an kranke Arbeiter, die verbesserten Leistungen in der Gesundheitsversorgung und in der Arbeitslosenversicherung.

Sie wird allen Versuchen der CDU/CSU entgegenzutreten, mit dem Hinweis auf internationale Herausforderungen soziale Leistungen abzubauen und damit in Wahrheit den erreichten sozialen Besitzstand breiter Bevölkerungsschichten zu schmälern. Wir meinen, daß gerade in schwierigen Zeiten die Festigung der sozialen Sicherheit, mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Beteiligung und Mitwirkung der Arbeitnehmer nötig sind.

1. Die SPD tritt für mehr Rechte am Arbeitsplatz und für eine eigenverantwortliche Gestaltung der Freizeit ein

Die SPD hat die Mitbestimmung der Arbeitnehmer verbessert; ihr Ziel bleibt die volle Parität. Sie wird die Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte stärken. Sie wird sich jedoch allen Bestrebungen, die einheitliche Vertretung der Arbeitnehmerschaft aufzuspalten, widersetzen. Insbesondere lehnt sie die Einführung von Sonderrechten für leitende Angestellte, z. B. in Form von Sprecherausschüssen mit gesetzlich verankerten Rechten, entschieden ab. Die SPD will auch ein reformiertes Arbeitsverhältnisrecht in einem einheitlichen Arbeitsgesetzbuch schaffen. Gekündigte Arbeitnehmer sollen bis zu einer gerichtlichen Entscheidung weiter beschäftigt werden müssen.

Die SPD will die aus dem Jahre 1938 stammende, überholte und den Interessen der Arbeitnehmer abträgliche Arbeitszeitordnung durch ein modernes Arbeitszeitgesetz ersetzen; die Regelarbeitszeit darf 40 Stunden nicht überschreiten. Sie unterstützt die Gewerkschaften in ihrem Ziel, die tarifliche Arbeitszeit durch Einführung der 35-Stunden-Woche, durch Verlängerung des Jahresurlaubs und durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit schrittweise herabzusetzen.

Die SPD strebt humane Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer an. Ein neues Arbeitsschutzgesetz soll die Sicherheit am Arbeitsplatz verbessern. Die Lage der Schichtarbeiter muß erleichtert werden. Schichtarbeit

muß eingeschränkt und, wo sie sich nicht vermeiden läßt, durch mehr Freizeit abgegolten werden.

Die Leiharbeit muß weiter eingeschränkt und stärker öffentlich kontrolliert werden.

Die Arbeitsbedingungen müssen mehr an die sich verändernden Lebensumstände des älter werdenden Menschen angepaßt werden. Jeder sollte sich schon im Beruf auf das Alter vorbereiten und an die Bedingungen des Älterwerdens gewöhnen können. Ein flexibler, menschlicherer Übergang aus dem Arbeitsleben in die Rente gehört zu den großen gesellschaftspolitischen Aufgaben der 80er Jahre.

Wir fordern insgesamt mehr Flexibilität in dem allerorten noch viel zu starr geregelten Arbeitsalltag. Arbeitnehmer sollten zunehmend mehr persönlichen Einfluß auf die Gestaltung ihrer Arbeitszeit haben.

Die Forschungs- und Technologiepolitik muß verstärkt im Dienst der humanen Gestaltung von Arbeitsplätzen stehen.

Die Humanisierung der Arbeitswelt findet ihre Ergänzung in einer eigenverantwortlichen Gestaltung der Freizeit. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt jenen, die bisher kaum Zugang zu Urlaub, Freizeit und Erholung gefunden haben. Vor allem für die kinderreichen Familien, für die ältere Generation, für junge Menschen und die Behinderten müssen noch mehr geeignete Angebote geschaffen werden.

2. Die Sportpolitik muß sich jetzt vor allem um den Breiten-, Freizeit- und Erholungssport kümmern

Die SPD setzt sich für eine umfassende Weiterentwicklung des Breiten-, Freizeit- und Erholungssports ein. Bei der künftigen Förderung müssen bisher benachteiligte Bevölkerungsgruppen Vorrang haben.

Die in den letzten Jahren – vor allem in sozialdemokratisch regierten Bundesländern – erzielten Verbesserungen im Schul- und Hochschulsport sind zu sichern und weiter auszubauen.

Beim Neu- und Ausbau von Schulsportstätten sowie der Ausbildung von Sportpädagogen müssen mehr als bisher die Interessen des außerschulischen Sports, des Vereins- und Freizeitsports für alle Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden.

Die SPD unterstützt und fördert den „humanen Leistungssport“ als einen Beitrag zur individuellen Persönlichkeitsentfaltung.

Auch im Leistungs- und Berufssport muß die Mitverantwortung und Mitbestimmung der aktiven Sportler und Trainer verwirklicht werden.

3. Gesundheitspolitik hat für sinnvolle Leistungen zu tragbaren Kosten zu sorgen

Sozialdemokratische Gesundheitspolitik wird die Anstrengungen verstärken, um die Voraussetzungen für gesundheitsgerechte Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Es kommt darauf an, die vielfältigen Gesundheitsgefährdungen abzubauen, denen der Mensch in der Industriegesellschaft ausgesetzt ist. Erhebliche Anstrengungen wird die SPD auf die Verbesserung des Gesundheitsschutzes in der Arbeitswelt richten.

Notwendig ist eine qualitativ hochwertige, kostengünstig arbeitende medizinische Versorgung mit erheblich verstärkten Anstrengungen auf den Gebieten der Vorsorge, Früherkennung und Rehabilitation.

Im Interesse aller Versicherten müssen die Kosten des Gesundheitswesens weiterhin gebremst werden. Mit den Milliarden-Beträgen, die die Versicherten für das Gesundheitswesen aufbringen, muß verantwortungsbewußt umgegangen werden. Das ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, die medizinische Versorgung weiter zu verbessern. Die SPD setzt sich dafür ein, daß Krankheiten, vor allem Krebs-, Herz- und Kreislauferkrankungen, früh erkannt und geheilt werden können.

Die SPD tritt für eine Reform der psychiatrischen Versorgung ein. Dazu brauchen wir mehr ambulante und ergänzende gemeindenahe Einrichtungen. Die Versorgung der psychisch Kranken muß humaner gestaltet werden, besonders durch Krankenhäuser in der Nähe des Wohnortes.

Eine Reform der ärztlichen Gebührenordnung ist notwendig, um Bedingungen dafür zu schaffen, daß die Ärzte sich wieder stärker um den Patienten kümmern können, statt immer mehr Geräte einsetzen zu müssen.

Eine zusätzliche Selbstbeteiligung der Versicherten im Bereich der Krankenversicherung wird von der SPD in jedem Fall abgelehnt.

4. Mehr Arbeitsplätze und bessere Rehabilitation für die Behinderten sowie Verbesserung der Kriegsoferversorgung

Die erfolgreiche Politik der Sozialdemokraten zur Eingliederung der Behinderten muß fortgesetzt werden. Wir wollen für alle Behinderten – unabhängig von der Ursache der Behinderung – einheitliche Leistungen schaffen. Wir wollen ortsnahe Stellen einrichten, bei denen der Behinderte – unabhängig von der Zuständigkeit des jeweiligen Trägers – umfassend beraten wird und den gesamten Behördenverkehr abwickeln kann.

Wir wollen die Lebensbedingungen der Behinderten auch durch gesetzliche Mindestanforderungen für behindertengerechte Wohnungen, öffentliche

Verkehrseinrichtungen und Verkehrsmittel bei Neu- und Umbauten verbessern.

Die noch immer wachsende Zahl arbeitsloser Schwerbehinderter macht uns große Sorge. Die SPD wird nicht länger zulassen, daß öffentliche Arbeitgeber sich durch die Zahlung einer Ausgleichsabgabe von der Beschäftigung Schwerbehinderter freikaufen können. Die Ausgleichsabgabe ist spürbar zu erhöhen.

Die SPD wird sich auch zukünftig für eine weitere strukturelle Verbesserung der Kriegsopferversorgung einsetzen.

5. Die Rentenversicherung wird zukunftsgerecht weiterentwickelt

Die Finanzen der Rentenversicherung sind gesund. 1980 werden die Beitragseinnahmen die Ausgaben erstmals wieder übersteigen. Dafür hat die SPD trotz der weltweiten Wirtschaftskrise gesorgt. Von 1982 an wird es wieder bruttolohnbezogene dynamische Renten geben. So steht es bereits im 21. Rentenanpassungsgesetz und dafür nehmen die Beitragszahler 1981 eine Erhöhung des Beitragssatzes von 18 auf 18,5 Prozent auf sich.

Nun wird die SPD dem Verfassungsgebot entsprechend die Gleichstellung von Mann und Frau in der Hinterbliebenenversorgung herstellen und auf der Grundlage ihres vom Parteitag beschlossenen Programms zur zukunftsgerechten Weiterentwicklung der Alterssicherung die soziale Sicherung verbessern.

Die SPD wird gleiche Rechte für Männer und Frauen in der Hinterbliebenenversorgung schaffen und die unterschiedliche Bewertung von beitragslosen Versicherungszeiten (Tabellenwerte) für Männer und Frauen beseitigen. Witwen und Witwer, die ab 1985 in Rente gehen, werden 70% der von beiden Ehegatten erworbenen Rentenansprüche erhalten, mindestens jedoch die volle eigene Rente. Für die ersten 10 Jahre bis 1995 wird ein Wahlrecht zwischen altem und neuem Rentenrecht eingeräumt.

Die Ansprüche der Rentnerinnen und Rentner, die bereits Rente beziehen oder bis 1984 in Rente gegangen sind, bleiben unverändert erhalten oder erhöhen sich für die Frauen durch die geplante Zurechnung von Zeiten der Kindererziehung.

Die bewährte Regelung der Rente nach Mindesteinkommen garantiert Arbeitnehmern, die ihr Leben lang voll gearbeitet haben, aber in schlecht bezahlten Berufen meist wenig verdient haben, eine mindestens so hohe Rente, als hätten sie stets drei Viertel des Durchschnittseinkommens aller Versicherten erzielt. Voraussetzung dafür sind derzeit mindestens 25 Jahre Beitragszeiten bis 1972. Die SPD wird dafür sorgen, daß auch die Jahre nach 1972 mitzählen.

Mit der Einführung der bedarfsorientierten Mindestrente machen wir einen weiteren Schritt hin zur Erfüllung des Auftrags des Godesberger Programms, das jedem Bürger im Alter, bei Erwerbsunfähigkeit oder beim Tode des Ehepartners Anspruch auf eine solidarische Mindestsicherung garantieren will. Die Einführung dieser bedarfsorientierten Mindestrente hängt von der Bereitschaft der Länder und Gemeinden ab, die durch diese Maßnahme bei der Sozialhilfe freiwerdenden Mittel auf die Rentenversicherung zu übertragen. Dazu bedarf es einer gesetzlichen Regelung mit Zustimmung des Bundesrates.

Die Verbesserung der Rente nach Mindesteinkommen und die Reform der Hinterbliebenenversorgung einschließlich der Angleichung der Tabellenwerte ist aus Beitragseinnahmen bei einem Beitragssatz von 18,5% zu finanzieren.

Allen Müttern soll in der Alterssicherung für jedes Kind ein Kindererziehungsjahr gutgeschrieben werden. Das gilt für heutige Rentnerinnen, für Mütter, die Kinder geboren haben und später in Rente gehen werden, und für Mütter (wahlweise Väter), deren Kinder nach 1984 geboren werden.

Die SPD hat sich für ein Kindererziehungsjahr entschieden, weil nur so die Reform allen Müttern zugute kommen kann. Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten ist als familienpolitische Maßnahme aus Steuermitteln zu finanzieren.*

6. Die älteren Menschen gehören mitten in unsere Gesellschaft

Wir wollen den älteren Menschen dabei helfen, so lange wie möglich ein selbständiges Leben in der gewohnten Umgebung zu führen. Durch mehr häusliche Pflege und Betreuung können oft Heim- und Krankenhausaufenthalte vermieden werden. Wir wollen die soziale Sicherung bei Pflegebedürftigkeit unter Vorrang der ambulanten Pflege vor Heimpflege und unter besonderer Förderung nachbarschaftlicher und familiärer Hilfe verbessern. Ambulante soziale Dienste sind dafür auszubauen.

7. Die Aufgabe, die in den kommenden Jahren von uns allen Aufgeschlossenheit und Solidarität fordern wird, ist die Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer in Staat und Gesellschaft

Die SPD tritt für die schrittweise volle Integration derjenigen ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien ein, die auf Dauer in der Bundesrepublik bleiben wollen.

* Im einzelnen gibt die Broschüre „Programm zur zukunftsgerechten Weiterentwicklung der Alterssicherung“ Auskunft über die Vorschläge der SPD zu allen Fragen der Rentenpolitik.

Die Versorgung der ausländischen Arbeitnehmer mit Wohnungen und die Chancen ihrer Kinder in Schule und Berufsausbildung müssen verbessert werden.

8. Soziale Sicherheit schafft reale Freiheit

Wir sind gegen die Ellbogengesellschaft und für den Sozialstaat. Nicht weniger Staat, auch nicht mehr, sondern ein bürgernäherer Staat ist die richtige Forderung. Die von der CDU/CSU geforderte Privatisierung staatlicher Leistungen führt in die Irre.

Die CDU/CSU versucht der politischen Wirklichkeit Züge einer unsolidarischen Gesellschaft aufzuprägen. Dafür steht z. B. ihr Versuch, wieder Kindersteuerfreibeträge einzuführen, die Höherverdienende begünstigen. Das ist ein sozial ungerechter Weg.

So sehr wir einen sozialen Staat wollen, so wenig wollen wir einen bürokratischen Staat. Zu Recht ist der Bürger wegen bürokratischer Auswüchse besorgt. Die Kritik daran darf aber nicht verstellen, daß der öffentliche Dienst eine in der modernen Gesellschaft nicht wegzudenkende Aufgabe erfüllt, der er in der Bundesrepublik auch gerecht wird. Die SPD wird sich darum bemühen, daß Wert und Bedeutung öffentlicher Dienstleistungen nicht durch engstirnige Bürokratie und Amtsschimmel geschmälert werden.

Soziales Handeln ist nicht nur Aufgabe des Staates. Es verpflichtet ebenso zahlreiche soziale Gruppen, die Gewerkschaften, die Sozialverbände, die Wohlfahrtsverbände und unorganisierte einzelne. Die SPD ermutigt jedes Engagement, das zu mehr Solidarität in unserer Gesellschaft beiträgt.

V. Wir brauchen Zuversicht in die Zukunft: für den einzelnen, für die Familie, für die Gesellschaft

Die Menschen in unserem Land wollen mehr Miteinander, wollen eine Gesellschaft, die ihnen in ihrem persönlichen Umgang mehr Geborgenheit und Wärme vermittelt. Sie wollen, daß unser aller Tun einen erkennbaren Sinn behält, daß Politik an Wertmaßstäben eindeutig überprüfbar wird.

Und die Menschen in unserem Lande wollen, daß sie in ihrer persönlichen Verantwortung für ihr Tun auch Anerkennung finden. Jeder erbringt seine persönliche Lebensleistung. Eine Gesellschaft, die diese nur im Geldwert sieht, zerstört ihren eigenen, inneren Zusammenhalt.

Wer morgen sicher leben will, muß heute die Zukunft gestalten. Der Wille zur Reform von Staat und Gesellschaft ist unverändert die tragende Kraft unseres Handelns. Vieles Bewährte gilt es zu erhalten. Manche Reformen müssen erst im Bewußtsein der Menschen Wurzeln schlagen.

1. Die Gleichberechtigung der Frauen muß verwirklicht werden

In den Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung konnte die jahrhundertealte Benachteiligung der Frau teilweise abgebaut werden. Ziel sozialdemokratischer Politik bleibt, die Gleichberechtigung der Frauen voll zu verwirklichen. Dies erfordert ein Umdenken auf allen Gebieten des Lebens – in der Politik, in der Wirtschaft, in der Bildung, in der Kultur, in den Medien, in der Werbung. Die Gleichstellung der Frau ist ein gesellschaftliches Problem, das nur von Männern und Frauen gemeinsam bewältigt werden kann. Dabei kommt es darauf an, daß sich Frauen und Männer gemeinsam von gesellschaftlichen Zwängen und überholten Vorstellungen befreien.

Für sozialdemokratische Politik heißt das:

Die Förder- und Modellprogramme zur Verbesserung der Ausbildung in gewerblich-technischen Berufen müssen fortgeführt und ausgeweitet werden. Die öffentlichen Betriebe müssen eine Vorreiterrolle übernehmen. Ausbildungsplätze im Öffentlichen Dienst und in mit öffentlichen Mitteln geförderten Betrieben müssen für Jungen und Mädchen gleichermaßen zur Verfügung gestellt werden.

Die EG-Richtlinien über den Grundsatz der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in der Arbeitswelt müssen in geltendes Recht für die Bundesrepublik Deutschland umgesetzt werden. Dabei muß jede unmittelbare und mittelbare Ungleichbehandlung beim Zugang zum Beruf, bei der Entlohnung und in den Arbeitsbedingungen, beim beruflichen Aufstieg und bei der beruflichen Fortbildung einen angemessenen materiellen Ausgleich der benachteiligten Frau begründen. Nicht die Frau muß, wie bisher, vor Gericht beweisen, daß sie eine Ungleichbehandlung erfährt, vielmehr muß der Arbeitgeber beweisen, daß er nicht diskriminiert.

Eine entscheidende Aufgabe bei der Durchsetzung der Gleichbehandlung der Frau im Arbeitsleben kommt den Tarifpartnern, vor allem den Gewerkschaften, zu.

Die in den Strukturprogrammen vorhandenen Ansätze zur besonderen Förderung qualifizierter Arbeitsplätze für Frauen sind zu verstärken. Die nicht-diskriminierende Beschäftigung von Frauen auf qualifizierten Arbeitsplätzen sollte auch in anderen geeigneten Fällen ein Kriterium öffentlicher Förderung sein.

Für Frauen, die ihre Berufstätigkeit unterbrechen, z. B. wegen der Kindererziehung, sind Förderungsprogramme anzubieten, die ihnen die Rückkehr ins Berufsleben erleichtern. Dazu gehört insbesondere auch die Fortbildung und Umschulung für qualifizierte Berufe.

Das Arbeitsschutzrecht muß mit dem Ziel überprüft werden, wünschenswerten Schutz auf alle Arbeitnehmer auszudehnen, aber Bestimmungen abzuschaffen, die Frauen lediglich benachteiligen, aber nicht schützen.

Fraudiskriminierende Werbung ist zu verbieten.

Modellprogramme für die Beratung und Betreuung von Frauen in Konfliktsituationen sind auszuweiten.

Die SPD tritt dafür ein, daß der in § 218 gesetzlich geregelte Schwangerschaftsabbruch überall ohne Diskriminierung und Druck durchgeführt werden kann. Auch in den von der Union regierten Bundesländern sind die Möglichkeiten hierfür dem Bundesgesetz entsprechend zu schaffen.

Die öffentliche Information muß verstärkt werden, um die Gleichberechtigung der Frauen im Arbeitsleben und ihre gleichberechtigte Mitarbeit in politischen und gesellschaftlichen Organisationen zu fördern. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten sind dazu in besonderem Maße verpflichtet.

Ressortübergreifende Stellen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen sind auch in den Ländern und Gemeinden einzurichten, in denen es bisher noch nicht geschehen ist.

2. Die weitere Entwicklung unseres Landes hängt maßgeblich von der freien Entfaltung der Familien und der Eröffnung gerechter Chancen für sie ab

Die SPD vertritt eine Familienpolitik, die die Familie als sozialen und kulturellen Mittelpunkt des Menschen stärkt und fördert. Familienpolitik ist integrierter Bestandteil der Gesellschaftspolitik. Sie soll die ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen dafür schaffen, daß ein freies und selbstverantwortliches Zusammenleben der Menschen in Familien möglich ist. Der Staat soll der Familie keine festen Leitbilder vorgeben.

Das Verhältnis von Eltern und Kindern sollte von gegenseitiger Achtung, Toleranz und Hilfe bestimmt sein. Das in diesem Geist von uns geschaffene neue Recht der elterlichen Sorge trägt dem Rechnung und entspricht den Forderungen der Praxis. Die CDU/CSU beschränkt sich auch hier auf Nörgelei und Verunsicherung.

Die SPD hat das gleiche Kindergeld für alle geschaffen. Das ist ein großer Fortschritt gegenüber dem früheren Zustand. An diesem Fortschritt müssen im Ergebnis auch die Kinder der Sozialhilfeberechtigten teilhaben. Künftige Kindergelderhöhungen sollen vor allem einkommensschwachen Familien mit mehreren Kindern zugute kommen. Wir lehnen die von der Opposition geforderte Wiedereinführung progressiv wirkender Kinderfreibeträge entschieden ab.

Das Wohlergehen von Kindern und Familien hängt häufig davon ab, ob ihre Umwelt kinderfreundlich gestaltet ist, ob die Wohnungen kindgerecht sind und ob z. B. die Arbeitszeiten so gestaltet und die Arbeitsplätze so gesichert werden, daß Eltern sich mehr um ihre Kinder kümmern können.

Wichtig sind familienergänzende Einrichtungen und Dienste wie z. B. Tageskindergärten und Ganztagschulen. Wir treten nach wie vor für die rasche Verabschiedung des neuen Jugendhilferechts und für die Schaffung der dort vorgesehenen Einrichtungen und Dienste für die Jugendarbeit, für Erziehungshilfe und Familienförderung ein. Wohnungen und das Bildungswesen müssen so gestaltet werden, daß unsere Welt familien- und kinderfreundlicher wird. Selbst so scheinbar fernliegende Bereiche wie die Verkehrspolitik oder die Medienpolitik haben eine entscheidende Wirkung auf die Situation von Kindern und Familie.

Benachteiligungen alleinerziehender Väter und Mütter sind abzubauen.

Dem häufig vorhandenen Wunsch der Großeltern-Generation, stärker in das Leben der Familie einbezogen zu werden, sollte durch geeignete Wohnformen und Freizeitmöglichkeiten Rechnung getragen werden.

Eltern sollen Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren können. Über den bereits eingeführten bezahlten Mutterschaftsurlaub hinaus will die SPD einen Anspruch auf Elternurlaub mit Arbeitsplatzgarantie schaffen, der Müttern und Vätern zugute kommen wird. Wahlweise dazu soll den Eltern ein Anspruch auf Verkürzung ihrer täglichen Arbeitszeit in den ersten drei Lebensjahren ihres Kindes eingeräumt werden. Für die Pflege kranker Kinder bis zum zwölften Lebensjahr (bisher bis zum achten Lebensjahr) sollen den Eltern zehn statt bisher fünf bezahlte Urlaubstage im Jahr zustehen.

Das neue Eherecht hat mehr Gleichberechtigung in der Ehe gebracht. Das Bundesverfassungsgericht hat die Verfassungsmäßigkeit des Zerrütungsprinzips und des Versorgungsausgleichs bekräftigt. Die Nörgelei und Stimmungsmache der CDU/CSU, die dem neuen Recht selbst in ihrer Mehrheit zugestimmt hat, kann daran nichts ändern.

Ungeborenes Leben wird heute durch die von uns eingeführte Beratung und Hilfe für Frauen in Konfliktlagen wirksamer geschützt als früher durch die Androhung von Kriminalstrafen. Wir haben nicht die Absicht, das zu ändern.

Die Bürger müssen besser über die Möglichkeiten der Familienplanung informiert werden.

3. Die junge Generation braucht die Solidarität der Gesellschaft

Unsere Gesellschaft ist auf die Mitarbeit und das Engagement der jungen Generation angewiesen. Die Älteren müssen Vertrauen in die Jugend haben. Die kritische Auseinandersetzung der Jugend mit überkommenen Bedürfnissen und Lebensformen muß als das natürliche Bemühen der nachfolgenden Generation verstanden werden, ein Leben nach ihren Vorstellungen zu führen.

Während die Älteren unsere heutige Freiheit an der Unfreiheit der Vergangenheit und unseren heutigen Wohlstand an der Not der Kriegs- und Nachkriegszeit messen, hat die Jugend diese Erfahrungen der Unfreiheit, der Angst und des Mangels nicht gemacht. Ein Teil der jungen Generation empfindet aber Unbehagen gegenüber einer Gesellschaft, die sich zu vordergründig am Wohlstand orientiert. Wir müssen in dieser Kritik an einem Lebensstandard, für den sehr viele lange gearbeitet haben, auch die Chance zu neuen Lebenseinstellungen und zu einer neuen Qualität mitmenschlicher Beziehungen sehen. Wo sich junge Menschen enttäuscht von dieser Gesellschaft abwenden und ins ausschließlich Private zurückziehen, müssen wir sie davon überzeugen, daß auch für ihre Interessen und Bedürfnisse Platz und Verständnis in der Gesellschaft vorhanden sind.

Die junge Generation hat einen Anspruch auf Lebensbedingungen, die ihr die Chance zur beruflichen und zur sozialen Entfaltung geben. Wo einzelne und Gruppen diese Chance aus eigener Kraft nicht nutzen können, haben sie Anspruch auf die Solidarität der Gesellschaft.

In Schule, Universität, Berufsausbildung und gesellschaftlichen Organisationen müssen Jugendliche Möglichkeiten der Mitwirkung erhalten, die ihnen die Chance geben, ihre tägliche Umwelt tatsächlich mitzugestalten.

Die junge Generation hat nicht nur einen Anspruch darauf, daß wir uns um ihre Probleme kümmern, sie muß auch ihren Teil an Verantwortung tragen.

4. In den kommenden Jahren brauchen wir mehr Chancengleichheit mit besseren Bildungsangeboten für die junge Generation

Die SPD will eine menschliche Schule; eine Schule, in der Lernen auch Spaß macht, die Leistung fordert und fördert. Die SPD ist für kleinere Klassen und mehr Zuwendung der Lehrer zum einzelnen Schüler. Wir wollen ein Lernklima, das Leistungen ohne Streß und Notendruck ermöglicht. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben. Während jetzt die Schülerzahlen zurückgehen, müssen Sachausstattung und Lehrerzahlen unserem modernen Schulwesen entsprechend gehalten und verbessert werden. Wir wollen Kinder mit Lernschwierigkeiten besser fördern, behinderte Kinder so weit wie möglich mit allen anderen zusammen erziehen: Fördern statt Auslesen bleibt Grundsatz unserer Bildungspolitik.

Die Gesamtschule hat ihren Wert als zeitgemäße Schulform in einer demokratischen Gesellschaft bewiesen. Sie ist als gleichwertiges Angebot überall dort einzurichten, wo Eltern es wollen. Ihre Abschlüsse müssen in allen Bundesländern anerkannt werden. Wir brauchen zur Verbesserung der Chancengleichheit mehr Ganztagschulen, auch, damit vor allem die Kinder berufstätiger Eltern und Ausländerkinder besser gefördert werden.

Die SPD will ein 10. Schuljahr, mehr Einheitlichkeit, Vergleichbarkeit und Durchlässigkeit an wichtigen Naht- und Gelenkstellen unseres Bildungssystems.

Vorrangiges Ziel der SPD bleibt die Herstellung der Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung. Das Angebot an Ausbildungsplätzen konnte in den letzten vier Jahren für die geburtenstarken Jahrgänge um rund ein Drittel auf mehr als 677 000 gesteigert werden. In den 80er Jahren müssen wir das Angebot an Ausbildungsplätzen, vor allem die Qualität der beruflichen Bildung in Betrieben und Schulen weiter steigern.

Ausländerkinder müssen die gleichen Bildungs- und Ausbildungschancen bekommen wie deutsche Kinder. Mädchen müssen in der beruflichen Bildung die gleichen Chancen bekommen wie Jungen. Lernbeeinträchtigte Kinder und Jugendliche brauchen die Solidarität besonderer Chancen.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat mit Erfolg auf einen Abbau des Numerus clausus an den Hochschulen gedrängt. Diese Hochschulpolitik muß weitergehen. Wir werden uns weiter für den Fortgang der Studienreform einsetzen. Die Öffnung der Hochschulen wird von uns entschieden verteidigt, um vor allem Arbeiterkindern den Zugang zu erleichtern. Besonders für sie muß die Ausbildungsförderung weiter stetig verbessert werden.

Die wissenschaftliche Forschung an unseren Hochschulen wird weiterhin als wichtige Voraussetzung gesellschaftlicher Entwicklung gestärkt und gefördert werden.

Die Verfaßte Studentenschaft muß in allen Bundesländern gesetzlich abgesichert werden.

5. Die SPD wird in den 80er Jahren die Wohnwelt menschlicher machen

Unsere Städte sind in den letzten 10 Jahren lebenswerter geworden. Wir werden weiter daran arbeiten, daß Städte und Dörfer lebens- und liebenswerter werden. Gutes Wohnen für alle bleibt eine politische Aufgabe. Wir müssen dafür sorgen, daß die Städte – insbesondere auch die Innenstädte – wohnlich bleiben. Wir brauchen dazu mehr Spielplätze, mehr Radwege, größere Sicherheit für die Kinder im Straßenverkehr und z. B. Wohnstraßen, die mehr Miteinander in den Städten und Gemeinden ermöglichen.

Wohnungsmodernisierung und die Verbesserung des Wohnumfeldes müssen besser aufeinander abgestimmt und stärker gefördert werden. Die öffentlichen Hilfen müssen vor allem den großen, noch vernachlässigten Wohngebieten mit unzureichender Infrastruktur, hoher Baudichte, wenig Grün-, Spiel- und Parkfläche zugute kommen.

Die Hauptaufgabe der Wohnungspolitik wird es sein, Ungleichheiten und Angebotsengpässe in der Wohnungsversorgung weiter abzubauen. Zeitgemäßes Wohnen verlangt zwar seinen Preis, jedoch sind unzumutbare Mietbelastungen auch im öffentlichen Wohnungsbau auch weiterhin zu verringern. Deshalb werden wir – insbesondere in Stadtregionen – den sozialen Wohnungsbau verstärkt fortführen und das Wohngeld mit Schwergewicht für Familien mit Kindern verbessern. Die sich für den Mieter und Eigentümer eigengenutzter Wohnungen durch öffentlich subventionierte Sozialmieten oder durch Zuschüsse ergebende Förderung ist in dem

Maße auszugleichen, in dem die Einkommensgrenzen nachträglich erheblich überschritten werden.

Das soziale Mietrecht hat sich bewährt. An seinem Schutz gegen Kündigungen und unangemessene Mietpreissteigerungen ist festzuhalten. Der Schutz des Mieters bei der Umwandlung von Miet- und Eigentumswohnungen ist zu verbessern. Der Bestand an sozialen Mietwohnungen für breite Schichten muß der Bevölkerung erhalten bleiben.

Modernisierung und Sanierung dürfen nicht zu einer Vertreibung der Mieter aus ihrem angestammten Wohngebiet führen.

Die Förderung des Wohnungseigentums muß verteilungs- und regionalpolitisch noch stärker am Bedarf orientiert werden. Aus Gründen der Steuererechtigkeit ist die überproportionale Begünstigung von Haushalten mit hohem Einkommen abzubauen. Familien mit Kindern brauchen stärkere Hilfen als bisher.

Energiesparende Investitionen werden weiter gefördert. Dabei erhalten die problematischen Wohnungsbestände und die Haushalte mit niedrigem Einkommen Vorrang.

Bei der Erweiterung von Städten und Dörfern müssen wir sparsam mit dem Bauland umgehen. Die bodenwertabhängigen Steuern sind zu überprüfen, um zumindest auf diese Weise leistungslose Wertsteigerungen für Grundstücke stärker zur Finanzierung öffentlicher Investitionen heranziehen zu können. Ihre Abschöpfung bleibt Ziel sozialdemokratischer Bodenpolitik. Flankierend sind verstärkte Maßnahmen zum Abbau der Bodenhortung notwendig. Die Kommunen sollten durch vermehrte bedarfsorientierte Bereitstellung von Bauland entsprechend den Zielen der Stadtentwicklungs-/Regionalplanung preisdämpfend wirken.

6. Im Blick auf die 80er Jahre sind in der Verkehrspolitik auf einigen Gebieten neue Akzente gesetzt worden

Im Straßenbau gilt in der Zukunft verstärkt: Qualität geht vor Quantität. Weniger Lärm und mehr Sicherheit haben Vorrang vor Neubaustrecken.

Beim Ausbau der Verkehrswege werden wir die Bürger möglichst frühzeitig in die Planungen einbeziehen.

Die Energieersparnis, der Umwelt- und Landschaftsschutz spielen eine wichtige Rolle bei der Verkehrsplanung. Daraus ergeben sich auch Folgerungen für die Modernisierung, Erhaltung und Ergänzung von Strecken der Deutschen Bundesbahn; der Schienenverkehr ist umweltfreundlich und energiesparend. Daraus folgt weiter ein Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr.

7. Die neuen Medien stellen uns ganz besonders vor die Frage, ob alles sinnvoll ist, was technisch machbar ist

Es stehen Entscheidungen an, die das zukünftige Miteinander in Familie und Gesellschaft wesentlich prägen werden. Mit den neuen Medien wird auch über ungeahnte neue Möglichkeiten zur Manipulierung der Menschen entschieden.

Unser Maßstab heißt: mehr Miteinander in der Gesellschaft – daran werden wir die neuen Medien messen. Fortschritt ist nur das, was dem Menschen dient. Es ist nicht ausdiskutiert, ob die ungeheuren Investitionen, die dafür verwandt werden sollen, um von 3 bzw. 4 Fernsehprogrammen auf 10 oder gar 30 zu kommen, wirklich sinnvoll sind. Es ist noch nicht einmal danach gefragt, ob diese Investitionen finanzwirtschaftlich überhaupt verantwortet werden können.

Der Bürger muß wissen, was ein vermehrter Fernsehkonsum und die neuen Medien bedeuten, damit er sich selbst entscheiden kann. Die SPD fordert Zeit für ausgereifte Entscheidungen. Sie fordert einen breiten Bürgerdialog.

Die SPD bejaht die Bewahrung unseres unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Unser Fernsehsystem ist vernünftig und hat sich trotz mancher Mängel bewährt. Die SPD wird allen Versuchen der CDU/CSU Widerstand entgegensetzen, Funk und Fernsehen in den Dienst von Parteipolitik und Gewinninteresse zu stellen.

Das Prinzip der privatwirtschaftlich organisierten Presse und der öffentlich-rechtlichen Organisation von Funk und Fernsehen hat sich so bewährt, daß wir daran nicht rütteln lassen.

8. Die SPD gibt der Rechts- und Chancengleichheit, die die Schwächeren stärkt, Vorrang in ihrer Rechtspolitik

Durch die Gesetze über die Prozeßkosten- und die Beratungshilfe haben wir für die Schwächeren den Zugang zum Recht erleichtert. Wir wollen die noch bestehenden Barrieren weiter abbauen und unser Recht einfacher und klarer gestalten. Zu diesem Zweck werden die unterschiedlichen Verfahrensordnungen bei den Verwaltungsgerichten, den Sozialgerichten und den Finanzgerichten zu einer einheitlichen Verfahrensordnung zusammengefaßt werden.

Weiter werden wir den Verbraucherschutz ausbauen, den Strafrechtsschutz auf neue Formen der Kriminalität – vor allem im Wirtschaftsleben – ausdehnen und die Strafvollzugsreform nach dem Grundsatz „Resozialisierung statt Rache“ in der Praxis fortentwickeln. Dazu gehört auch die Erweiterung der Aussetzungsmöglichkeiten bei Freiheitsstrafen.

Den Kampf gegen Terrorismus, auch den gegen neonazistische Aktivitäten, setzen wir unbeirrt fort.

Dabei steht die politisch-geistige Auseinandersetzung mit dem Terror und seinen Ursachen im Vordergrund. Ihm muß der Nährboden und damit der Zulauf entzogen werden. Wir sind für eine nüchterne, klare und besonnene Auseinandersetzung, nicht für Überreaktionen und einen geistigen Kriegszustand mit Andersdenkenden.

Getroffene Maßnahmen werden von Fall zu Fall auf ihren Erfolg und ihre Notwendigkeit kontrolliert. Deshalb kann z. B. auf den § 88a Strafgesetzbuch verzichtet werden. Die fortwährende Notwendigkeit des Kontaktsperrgesetzes und die Rechtsstellung des der Sperre unterliegenden Gefangenen ist weiterhin zu prüfen. Andererseits sind Gesetzeslücken, die hinsichtlich der Verfolgung neonazistischer Aktivitäten noch bestehen, zu schließen.

Der Beschluß des Kölner Parteitages 1978 zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst wird bekräftigt. Die Sozialdemokraten werden dafür sorgen, daß dieser Beschluß überall angewendet wird, wo Sozialdemokraten Verantwortung tragen.

Der Rauschgifthandel muß mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpft werden. In Polizei und Justiz muß dieser Zweig der Verbrechensbekämpfung besonders ausgebaut werden. Wo es um den Schutz des einzelnen und um die Abwehr der Drogengefahr geht, haben für die SPD vorbeugende und heilende Maßnahmen Vorrang vor strafrechtlichen Mitteln.

Durch einen wirksamen Datenschutz muß dem Bürger die Sorge genommen werden, durch Computer ständig mehr nummeriert, kontrolliert und manipuliert zu werden. Die Zuständigkeiten der Nachrichtendienste sind klarzustellen; die Möglichkeiten der Amtshilfe sind zu präzisieren.

Die SPD läßt am Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte nicht rütteln. Durch ein rasches rechtsstaatliches Asylverfahren ist sicherzustellen, daß es nicht von Ausländern mißbraucht wird, die keine politische Verfolgung erleiden.

Innere Sicherheit setzt die Verwirklichung von Chancen- und Rechtsgleichheit sowie soziale Sicherheit voraus. Nicht nur Kriminalität und Terrorismus, auch die Verweigerung von sozialer Gerechtigkeit, die Einschränkung der Lebensqualität durch Umweltschädigung und der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht unter dem Schein des Rechts gefährden die innere Sicherheit.

VI. Ihre Stimme für die SPD hat Gewicht

Sie können etwas für unser Land tun. Stimmen Sie am 5. Oktober 1980 gegen eine riskante Wende – für den von der SPD mit Bundeskanzler Helmut Schmidt bestimmten zuverlässigen Weg.

Verschenken Sie Ihre Stimme nicht an eine Splittergruppe. Es geht um mehr als sonst: Es geht um Frieden, es geht um Sicherheit für Deutschland.

Gehen Sie zur Wahl.

Ihre Stimme für die SPD hat Gewicht.

Begriffserklärungen

Aussperrung

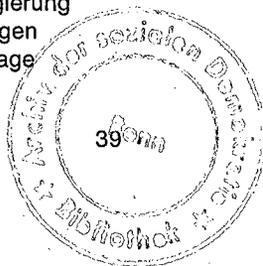
Die Regelung der Arbeitsverhältnisse obliegt grundsätzlich den Tarifvertragsparteien. Die Aussperrung ist das Kampfmittel der Arbeitgeber zur Abwehr gewerkschaftlicher Forderungen.

Laut Urteil des BAG vom 9. 6. 80 sind die Arbeitgeber weitaus weniger als die Gewerkschaften auf Arbeitskämpfungsmittel angewiesen um ihren Interessen Nachdruck zu verleihen. Dies bedeutet auch, daß die Arbeitgeber keine Aussperrung vor Streikmaßnahmen (Angriffsaussperrung) vornehmen dürfen. Die Aussperrung muß sich insgesamt am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit orientieren; so ist eine bundesweite Aussperrung als Reaktion auf einen Schwerpunkstreik rechtswidrig.

In der Regel hat die Aussperrung suspendierende Wirkung, in jedem Fall muß der Arbeitgeber bereit sein, über die Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses zu verhandeln.

Berliner Viermächteabkommen

Berlin. Am 3. September 1971 unterzeichneten die Botschafter Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten in Berlin ein Rahmenabkommen. Damit war die erste Stufe einer Berlin-Regelung erreicht. Das Vertragswerk regelt im Interesse Berlins und seiner Menschen Fragen, die in der Vergangenheit zu Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten geführt haben: Gewährleistung des unbehinderten Verkehrs zwischen dem Bundesgebiet und Berlin (West); Aufrechterhaltung und Entwicklung der engen Bindungen zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik Deutschland; Verbesserung der Besuchsmöglichkeiten für West-Berliner in Ost-Berlin und der DDR; Respektierung der Außenvertretung von Berlin (West) durch die Bundesregierung und konsularische Betreuung seiner Bewohner in der Sowjetunion und in anderen osteuropäischen Ländern; Teilnahme an den internationalen Aktivitäten des Bundes. Zur Durchführung und Ergänzung des Viermächteabkommens wurden am 17. 12. 1971 zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR ein Abkommen über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) sowie am 20. Dezember 1971 zwischen dem Senat von Berlin und der Regierung der DDR Vereinbarungen über Erleichterungen und Verbesserungen des Reise- und Besucherverkehrs und über die Regelung der Frage der Enklaven durch Gebietsaustausch unterzeichnet.



Bruttosozialprodukt (BSP)

Das BSP ist nach einer Definition des Statistischen Bundesamtes „die Summe aller im Lauf eines Jahres produzierten verbrauchs- und investitionsreifen Güter und Leistungen“. Bei der statistischen Erfassung werden diese Güter und Leistungen überwiegend mit ihren Marktpreisen bewertet. Nicht mitgezählt werden dabei alle in einer Volkswirtschaft hergestellten Rohstoffe, Halbwaren und solche Dienstleistungen, die in anderen als den herstellenden Wirtschaftszweigen weiterverarbeitet oder verbraucht werden (Vorleistungen). Diese Definition des BSP ist jedoch problematisch, da u. a. soziale Kosten wie z. B. Umweltschäden nicht einbezogen sind.

(Höhe des BSP in der BRD 1974 annähernd 1 Billion DM)

Elterliche Sorge

Das durch das Grundgesetz gewährte Elternrecht enthält zugleich eine Verpflichtung. Hierzu hat das Bundesverfassungsgericht (Urteil vom 29. 7. 68) dahingehend Stellung genommen, daß Eltern, die ihrer Verantwortung nicht nachkommen, sich auf das Elternrecht nicht berufen können.

Das Wächteramt des Staates (Artikel 6, Abs. 2, Satz 2 GG) beruht in erster Linie auf dem Schutzbedürfnis des Kindes, dem als Grundrechtsträger eigene Menschenwürde und ein eigenes Recht auf Entfaltung seiner Persönlichkeit i. S. der Artikel 1, Abs. 1 und Artikel 2, Abs. 1 GG zukommt.

Die am 1. 1. 80 in Kraft getretene neue Regelung des Rechts der elterlichen Sorge, die die Elternverantwortung gemäß Art. 6 GG als ein vorstaatliches Recht zur Grundlage nimmt, stellt in den Vordergrund, daß

- das Elternrecht nicht ein Gewalt- sondern ein Sorgeverhältnis
- die Förderung der Selbstverantwortlichkeit der Heranwachsenden Teil ihres grundgesetzlich zuerkannten Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit ist.

Zum Schutz gefährdeter Kinder kann das Vormundschaftsgericht bei mißbräuchlicher Ausübung der elterlichen Sorge in der Regel nach Kontakt mit den Eltern die erforderlichen Maßnahmen unabhängig davon treffen, ob bei den Eltern ein schuldhaftes Verhalten vorliegt oder nicht.

Flexible Altersgrenze

Mit dem Rentenreformgesetz des Jahres 1972 wurde die flexible Altersgrenze verwirklicht, die die seit 1916 bestehende starre Altersgrenze ablöste und dem einzelnen künftig grundsätzlich die Entscheidung über den Beginn des Altersruhegeldbezugs von der Vollendung des 63. Lebens-

jahres (bei Schwerbeschädigten schon vom 62. Lebensjahr) an selbst überläßt.

Genfer Abrüstungsausschuß

Im Bestreben ein Forum für Abrüstungsprobleme zu schaffen, wurde Ende der 50er Jahre der Abrüstungsausschuß in Genf geschaffen. Am 1. Januar 1975 wurde die Bundesrepublik Mitglied dieses Gremiums. Das war eine logische Folge ihrer Entspannungspolitik und ihrer Unterstützung aller geeigneter Maßnahmen der Rüstungsbegrenzung und der kontrollierten Abrüstung.

Gesamtschule

Die Gesamtschule soll das Dreiklassenbildungssystem aus dem vorigen Jahrhundert (das Nebeneinander von Volks-, Real- und Oberschule) überwinden helfen. Eine Gesamtschule ist eine Schule für Zehn- bis Sechzehnjährige, in der die Unterteilung in Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten entfällt. Folgende Nachteile des jetzigen Dreiklassenbildungssystems sollen mit Hilfe der Gesamtschule vor allem beseitigt werden:

- Benachteiligung der Kinder aus wirtschaftlich schlechter gestellten Bevölkerungsschichten,
- zu frühes Festlegen der Kinder, deren Begabung und Fähigkeiten noch in der Entwicklung sind, auf einen bestimmten Bildungsweg (nach der 4. Klasse).

Im → Bildungsgesamtplan haben sich die Bundesregierung und die Bundesländer mit einer sozialdemokratischen Regierung für, die Bundesländer mit einer CDU-Regierung gegen Gesamtschulen als Regelschulen ausgesprochen. In einigen Bundesländern, so in Hessen und Nordrhein-Westfalen, gibt es seit einigen Jahren Gesamtschulen als Modellversuche.

Innerstaatliche Steuerverteilung

Die Verteilung der Steuermittel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden (Art. 106 GG).

Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO):

Die Internationale Atomenergie-Organisation in Wien hat 110 Mitgliedstaaten. Sie sorgt für weltweite Zusammenarbeit in Kernforschung und Kerntechnik und bei der Hilfe für Entwicklungsländer. Sie übt Sicherungsmaßnahmen aus, vor allem aufgrund des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Die Bundesrepublik ist ständiges Mitglied im Gouverneursrat der IAEO.

Jugendhilfrechtsreform

Mit der seit Jahren in Arbeit befindlichen Jugendhilfrechtsreform soll – entsprechend der Forderung aller Beteiligten – das geltende Jugendwohlfahrtsgesetz aus dem Jahre 1922 abgelöst werden.

Der Entwurf, der die Vorrangigkeit der Erziehung in der Familie zum Grundprinzip hat, stellt die Sicherung des Rechts auf Erziehung und die Verbesserung der Rechtsstellung des jungen Menschen gleichrangig neben Förderungsleistungen für die Familien, die diesen die Wahrnehmung ihrer Erziehungsaufgabe erleichtern sollen. Gleichzeitig wird die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern gesetzlich verankert.

Nach Zustimmung durch den Bundestag liegt der Entwurf nunmehr dem Bundesrat zur Abstimmung vor.

Kontaktsperregesetz

Das Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz ist am 2. Okt. 1977 in Kraft getreten. Danach kann der Kontakt von Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt für jeweils längstens 30 Tage völlig unterbunden werden, wenn diese Maßnahme zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person geboten ist und der begründete Verdacht besteht, daß eine solche Gefahr von einer terroristischen Vereinigung ausgeht.

KSZE-Folgekonferenz – Schlußakte von Helsinki

Am 1. August 1975 unterzeichneten 35 Teilnehmerstaaten in Helsinki die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Dabei waren neben den Europäern auch USA und Kanada. Albanien fehlte als einziges europäisches Land.

Auf deutschen Vorschlag hin vereinbarten Ost und West eine Reihe „vertrauensbildender Maßnahmen“ im militärischen Bereich. Dazu gehören Manöverankündigungen und -beobachtungen, die militärische Aktivitäten durchsichtiger machen. Langfristig soll auf diesem Weg eine Verlängerung der Vorwarnzeiten und ein Schutz vor Überraschungsangriffen erreicht werden.

Berühmt geworden ist der sogenannte „Korb Drei“ der Schlußakte. Hier geht es um die Verwirklichung der Menschenrechte in den Mitgliedstaaten, um menschliche Kontakte, um Information, um Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet und im Bildungssektor. Die volle Verwirklichung dieser Teile der KSZE-Schlußakte stehen in einigen Unterzeichnerstaaten noch aus.

Nach französischen und polnischen Vorschlägen sollen auf einer zweiten Nachfolgekonzferenz in Madrid (die erste hat in Belgrad stattgefunden) im Herbst dieses Jahres neue Initiativen für Abrüstung im gesamteuropäischen Rahmen ergriffen werden: Eine eigene „Europäische Abrüstungskonferenz“ sollte auch „vertrauensbildende Maßnahmen“ weiterentwickeln.

Vertrauensbildende Maßnahmen

In der KSZE-Schlußakte vereinbarte Regelungen auf militärischem Sektor:

- vorherige Bekanntgabe großer Militärmanöver,
- vorherige Bekanntgabe anderer Militärmanöver,
- Austausch von Beobachtern,
- vorherige Bekanntgabe großer Militärbewegungen,
- andere vertrauensbildende Maßnahmen.

MBFR

Ausgewogene, gleichgewichtige Truppenreduzierungen in Europa. (englisch: Mutual Balanced Force Reductions = Wiener Verhandlungen). Direkter Teilnehmer der NATO: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, USA; direkte Teilnehmer des Warschauer Pakts: CSSR, DDR, Polen, UdSSR; Ziel: Abbau der Streitkräfte in Mitteleuropa beiderseitig, ausgewogen, abgestuft, schrittweise – Gleichgewicht von NATO und Warschauer Pakt auf niedrigerem Niveau; Problem: Feststellung und gegenseitige Anerkennung der Truppenstärken (Datendiskussion).

NATO

North Atlantic Treaty Organization. Westliches Militärbündnis; Unterzeichner: Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Niederlande, USA, Kanada, Dänemark, Island, Italien, Norwegen, Portugal, Griechenland, Türkei, Bundesrepublik. Ihre Funktion besteht darin, „eine ausreichende militärische Stärke und politische Solidarität aufrechtzuerhalten, um gegenüber Aggressionen und allen Formen politischen Drucks abschreckend zu wirken und das Gebiet der Mitgliedstaaten zu verteidigen, falls es zu einer Aggression kommt.“ (= NATO-Auftrag).

Nord-Süd-Kommission

Hierbei handelt es sich um eine von dem Präsidenten der Weltbank MacNamara initiierte unabhängige Kommission für internationale Entwick-

lungsfragen, deren Mitglieder in Privatfunktion und frei von Regierungsanweisungen mitgearbeitet haben. Die Mitglieder aus der Dritten Welt waren übrigens zum ersten Mal in einem solchen Rahmen in der Mehrheit. Die Aufgabe der Kommission war es, „die ernstesten Probleme von globalen Ausmaßen zu untersuchen, die sich aus den wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichten der Weltgemeinschaft ergeben und Wege dafür aufzuzeigen, wie angemessene Lösungen für die Entwicklungsprobleme und zur Überwindung der Armut vorangetrieben werden können“. Anfang 1980 hat die Kommission unter Vorsitz von Willy Brandt ihren Bericht dem UN-Generalsekretär überreicht. Der Bericht beginnt Eingang in die praktische Politik zu finden und ist in zahlreichen Parlamenten erörtert worden. Die Bundesregierung hat den Bericht bei der Fortschreibung ihrer entwicklungspolitischen Konzeption berücksichtigt. Für 1981 ist das erste der Reihe von Gipfeltreffen vorgesehen, die die Kommission zur Lösung der Probleme vorgeschlagen hat.

§ 88a

Die sozial-liberale Koalition hat die Abschaffung dieses-Paragrafen im Deutschen Bundestag gefordert, weil sich gezeigt hat, daß es in der Praxis hierfür so gut wie keine Anwendungsmöglichkeit gibt. Alle unter das Gesetz „zur verfassungsfeindlichen Befürwortung von Gewalttaten“ fallenden strafrechtlich relevanten Tatbestände werden durch andere gesetzliche Bestimmungen abgedeckt.

Die CDU/CSU hat dagegen gestimmt und damit gezeigt, daß sie ihre Forderung nach Abschaffung von überflüssigen Paragraphen, Gesetzen und Verordnungen nicht ernst meint.

Rentenanpassung

Die Rentenanpassung soll die Rentner an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beteiligen (Rentendynamik). Durch das 20. Rentenanpassungsgesetz wurden die Bestandsrenten der gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Juli 1977 um 9,9% erhöht. Von 1969 bis 1978 stiegen die durchschnittlichen Nettolöhne um 98%, die Renten in der Rentenversicherung dagegen um 123,7% (die Grundrenten für Beschädigte in der Kriegsoferversorgung sogar um 138,9% und für Witwen um 158,0%). 1978 beträgt das Nettorentenniveau nach 45 Versicherungsjahren 73,6% des Nettoarbeitseinkommens eines vergleichbaren Arbeitnehmers, nach 40 Versicherungsjahren 65,4%. Die Entwicklung der Renten in den nächsten Jahren ist zunächst durch das 21. Rentenanpassungsgesetz bestimmt: Nach einer Rentenerhöhung von 4% zum 1. Januar 1981, die die Rentenkonsolidierung abschließt, werden sich die Rentenerhöhungen ab 1982 wieder nach der Entwicklung der Bruttolöhne richten.

Durch das 21. Rentenanpassungsgesetz werden die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung und die Altersgelder für Landwirte zum 1. Januar 1979 um 4,5%, zum 1. Januar 1980 um 4% und zum 1. Januar 1981 ebenfalls um 4% erhöht. Auch die Renten der Kriegssopfer werden im selben Maße angepaßt.

In der gesetzlichen Unfallversicherung beträgt der Anpassungssatz zum 1. Januar 1979 6,9%. Zum 1. Januar 1980 und zum 1. Januar 1981 werden die Unfallrenten jeweils entsprechend der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter durch Rechtsverordnung angepaßt.

SALT I, II, III

SALT I = Amerikanisch-sowjetische Vereinbarung über den Umfang der Nuklearwaffenarsenale beider Seiten. Die Vereinbarung von 1974 legt den zahlenmäßigen Umfang des Nuklearwaffenbesitzes fest.

SALT II = Verhandlungen mit dem Ziel, die Qualität der nuklearen Waffen beider Seiten zu begrenzen.

SALT III = Ein drittes SALT-Abkommen wird angestrebt, um die von der Sowjetunion entwickelten strategischen Waffen mittlerer Reichweite in die Rüstungskontrollverhandlungen einbeziehen zu können.

Die Bundesregierung nimmt innerhalb der NATO an den Konsultationen teil.

Staatsquote

Anteil der Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) am Bruttosozialprodukt in v. H.

Steuerentlastungsprogramm

Das Steueränderungsgesetz 1977, das Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung 1978 und das Steueränderungsgesetz 1979 sowie die damit verbundenen Novellen zum Kindergeldgesetz brachten für die Bürger eine Entlastung von 25 Mrd. DM. Die für 1981/82 vorgesehene Steuerentlastung in Höhe von 17,5 Mrd. DM soll insbesondere den Arbeitnehmern zugute kommen.

Strukturpolitik (regionale, sektorale)

Strukturpolitik ist die Gesamtheit der wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur inneren Gliederung einer Volkswirtschaft, d. h. zur Gestaltung ihrer Strukturdaten. Die Beeinflussung des technischen Wissensstandes oder

eine Einflußnahme auf die Erwerbsintensität der Bevölkerung gehören ebenso dazu wie die Beeinflussung der Struktur der Produktion nach Branchen, Standorten, Betriebsgrößen und Unternehmensformen sowie die Beeinflussung der Einkommens- und Vermögensverteilung. Eine Wandlung der volkswirtschaftlichen Struktur durch bewußte politische Maßnahmen ist u. a. wegen der zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung, der Rohstoffsituation, des technischen Fortschritts, veränderter Wachstumsbedingungen und veränderter Bedürfnisstrukturen notwendig. Die sektorale Strukturpolitik hat dabei vor allem zum Ziel, zukunftsweisende Produktionszweige zu fördern. Entsprechend fördert die regionale Strukturpolitik wirtschaftsschwache Gebiete im Interesse einer ausgeglicheneren Wirtschaftsstruktur.

Versorgungsausgleich

Ehe- und Familienrecht. Ehe und Familie sind in unserem Staat von der Verfassung geschützt. Die Bundesregierung hat sich der Aufgabe unterzogen, die rechtlichen Beziehungen zwischen Ehemann und Ehefrau, zwischen Eltern und Kindern den heutigen Lebensverhältnissen anzupassen. Das Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts ist am 1. Juli 1977 in Kraft getreten. Es enthält fünf Schwerpunkte: 1. volle Gleichberechtigung der Ehegatten, 2. Neuordnung des Scheidungsrechts (nicht mehr die Frage der Schuld eines Ehegatten, sondern das objektive Scheitern der Ehe ist maßgebend), 3. verbessertes Unterhaltsrecht (der Unterhaltsanspruch eines Ehegatten nach der Scheidung ist nicht mehr von einem Schuldspruch abhängig, sondern allein von der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Ehegatten), 4. Versorgungsausgleich (durch Versorgungsausgleich wird eine gleichmäßige Beteiligung geschiedener Ehegatten an den während der Ehe von ihnen insgesamt erworbenen Anrechten auf eine Alters- und Invaliditätsversorgung gewährleistet), 5. Einführung des Familiengerichts (dieses Gericht wird als besondere Abteilung beim Amtsgericht gebildet und verhandelt über das Scheidungsverlangen und die Regelung der Scheidungsfolgen, z. B. Unterhalt, elterliches Sorgerecht, Hausratsteilung etc. gemeinsam).

Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR (Grundlagenvertrag)

Der Grundlagenvertrag wurde am 21. Dezember 1972 unterzeichnet. Die beiden deutschen Staaten vereinbarten darin, auf der Basis der Gleichberechtigung, normale gutnachbarliche Beziehungen zu entwickeln, sich jeder Anwendung oder Androhung von Gewalt zu enthalten, die friedliche Zusammenarbeit in Europa und internationale Abrüstungsbemühungen zu fördern, die gegenseitige Unabhängigkeit zu respektieren sowie praktische und

humanitäre Fragen zu lösen. Im Grundlagenvertrag wird dann erinnert, daß eine friedensvertragliche Lösung für Deutschland noch aussteht und trotz uneingeschränkter Gleichberechtigung beide Staaten füreinander nicht Ausland sind.